

Nr. 57

Juni
VI/2012

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



Pacha Mama, La Paz, Bolivien

**Schwerpunkt: Rio+20 –
wie weiter?**

**Globale Gerechtigkeit
statt
grüner Kapitalismus**

**Leitlinien für eine
ökologische Linke**

**OECD-Umweltausblick
und Prognose des Club
of Rome**

**Alternatives
Weltwasserforum**

**Entwicklungsländer
fordern Vorfahrt für
Wohlstand**

**Massentierhaltung –
Antibiotika in der
Tierhaltung**

Liebe Leserinnen und Leser

wenn Sie das vorliegende Heft lesen, ist die Konferenz Rio+20 („Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung“) im Gange oder gerade vorbei, vergangen, vorüber – zu befürchten ist, so wie die zwanzig fast ungenutzten Jahre seit der ersten Konferenz.

Wir werden uns damit nicht abfinden und haben auf unserem Bundestreffen unsere Position deutlich gemacht. Den (viel gründlicheren) Antrag der LINKEN Bundestagsfraktion zum gleichen Thema unterstützen wir und Johanna Schehringer-Wright, Petra Beck und Gilbert Siegler haben daher einen Dringlichkeitsantrag an den 3. Parteitag formuliert:

*Die Delegierten des 3. Parteitages unterstützen ausdrücklich die mit dem Antrag der Bundestagsfraktion vom 22.05.2012 **Rio + 20: Globale Gerechtigkeit statt „grüner“ Kapitalismus** eingebrachte Analyse sowie die Forderungen an die Bundesregierung.*

Gleichzeitig rufen die Delegierten alle Mitglieder unserer Partei und deren SympathisantInnen auf, insbesondere während der Tage der VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) vom 20. bis 22. Juni 2012 alle Möglichkeiten der parlamentarischen und außerparlamentarischen Öffentlichkeit zu nutzen, um den Druck auf die Bundesregierung zu stärken.

Kritik an der Vorbereitung der Konferenz kommt insbesondere aus Lateinamerika. Die Direktorin der Umweltorganisation ETC Group für Lateinamerika und Teilnehmerin des alternativen Gipfeltreffens, Silvia Ribeiro, hat das Konzept der "grünen Wirtschaft" als irreführend bezeichnet, weil dahinter eine Agenda steht, die die weitere Ausbeutung und Kommerzialisierung der Umwelt und den Einsatz von gefährlichen Technologien vorsieht und damit Naturprozesse manipuliert, um höhere Profite zu erzielen. Diese zentralen Aspekte der globalen Krise sollen aber bei dem Rio+20-Gipfel nicht thematisiert werden.

Und wenn der ecuadorianische Botschafter, Jorge Jurado am 29.5.12 auf dem Treffen zum Thema „Nachhaltige Entwicklung in Kuba – Erfahrungen und Perspektiven“ erklärte:

„Green Economy bewahrt die Grundlage eines ungerechten, ausschließenden und nicht nachhaltigen Systems. ... Man hat uns angewöhnt, ständig in monetären Begriffen zu sprechen, aber wir können und müssen über Biomasse, Dienstleistungen und nicht erneuerbare Energien reden...“,

dann ist damit auch der Bogen geschlagen zur Gesellschaftstheorie und (notwendigen) politischen Praxis der LINKEN.

Der alternative Gipfel der Völker (Cúpula dos Povos) setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz auf dem lateinamerikanischen Kontinent ein. Er findet vom 15. bis 23. Juni statt.

In eigener Sache

Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2012 und der vorbereitenden Sitzung des Koordinierungsrates

Das Bundestreffen 2012 in Lübeck fand in der heißen Phase des Wahlkampfes zum Landtag Schleswig – Holstein statt. Der Ort wurde deshalb gewählt, um den Genossen des Landes etwas Wahlkampfhilfe leisten zu können.

Am Nachmittag des 20.4. führte der Stadtverband der LINKEN in der Altstadt einen Infostand durch, wo auch wir den der Plattform aufbauen konnten. Mit an unserem Stand war die Vorsitzende der Fraktion der LINKEN im Landtag von Schleswig-Holstein, Antje Jansen. Leider hielt sich das Interesse der Bürger von Lübeck an den Angeboten unserer Partei sowie der Ökologischen Plattform in Grenzen.

Ebenfalls als Wahlhilfe fand am 20.4. abends in Lübeck eine Diskussionsveranstaltung mit Dagmar Enkelmann statt, an der auch Mitstreiter der Plattform teilnahmen.

Am Vorabend des Bundestreffens diskutierte der Koordinierungsrat den Entwurf

einer Erklärung zu einem Problem, das die Bürger von Schleswig-Holstein aktuell sehr bewegt, die Forderung nach Abschaltung und Abriss von Atomkraftwerken im Bundesland. Die Erklärung wurde gemeinsam mit den Genossen des Landes vorbereitet. Der Koordinierungsrat empfahl die Erklärung zur Beschlussfassung auf dem Bundestreffen. Ein weiteres Positionspapier der Plattform zur bevorstehenden UNO-Konferenz RIO+20 wurde ebenfalls vom Koordinierungsrat behandelt und dem Plenum zur Beschlussfassung anempfohlen. Das Papier setzt sich mit der absehbaren Hauptrichtung der Arbeit der Konferenz auseinander und gibt der Befürchtung Ausdruck, dass die Konferenz damit keinen Beitrag zur Verhinderung bzw. Abmilderung des Klimawandels leisten wird.

Beide Papiere, die von den Teilnehmern des Bundestreffens einstimmig beschlossen wurden, sind auf der Internetseite der Plattform sowie in dieser „Tarantel“ nachzulesen.

Wie es auf den Bundestreffen der Plattform bereits Tradition ist, hörten wir zu Beginn einen Bericht über die aktuelle politische Situation und über ökologische Probleme im Lande. Zu uns sprach Julia Nüss, Referentin für Umwelt und Europa in der Landtagsfraktion der LINKEN. Sie informierte u.a. über dieses:

- Es gibt im Lande keine aktive Umweltbewegung, auch nicht bei der LINKEN, die Ökologische Plattform Schleswig – Holstein ist z. Z. nicht arbeitsfähig;
- die ökologische Landwirtschaft in SWH liegt im bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz;
- ein aktuelles umweltpolitisches Problem sind die Asbesttransporte aus Niedersachsen, die die Landesregierung nicht zulassen will;

- seit Fukushima sind die Bürger noch stärker gegen Atomkraft eingestellt, Biogaserzeugung wird aber auch abgelehnt. Die Windenergie (Off-shore) wird vom Land vorangetrieben.
- CCS-Technologie wird ebenfalls abgelehnt: Eine Absage findet sich bereits in der Koalitionsvereinbarung, alle Fraktionen im Landtag haben eine Resolution verabschiedet, die die CCS-Technologie in Dänemark verurteilt und für grenzüberschreitende Anwendung eine Umweltverträglichkeitsprüfung fordert.

In der anschließenden Diskussion wurden weitere umweltpolitische Probleme thematisiert:

- Rekommunalisierung der Energieversorgung (Zustimmung in Baden-Württemberg, deshalb Ablehnung der Off-shore-Windenergie aus SWH, DIE LINKE SWH diskutiert das Thema zur Zeit).
- DIE LINKE NS lehnt die Windenergie nicht ab, unterstützt eher die On-shore-Projekte. Die Landesregierung NS plant ein Mega - Off-shore-Projekt, wofür es keine Voraussetzungen im Land gibt.
- Die Fehmarn - Querung stellt ein großes Umweltproblem dar, die Proteste sind groß; die Projektänderung sieht statt einer Brücke 2012 einen Tunnel 2015 vor.
- Zunehmende Unterstützung finden regionale Energieprojekte, von denen die Bürger eine neue Energiepolitik, soziale und gerechte Energietarife erwarten. Die Akzeptanz der LINKEN bei Bürgerbewegungen ist sehr unterschiedlich, hängt oft mit dem Bündnisverhalten der agierenden Personen zusammen.

Im Bericht über die Arbeit der Plattform und konkret des SprecherInnenrates im vergan-

genen Jahr wurde das erfolgreiche Mitwirken an der Ausformulierung des Parteiprogramms, die Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Tarantel“ und neuer Broschüren der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“, der Druck neuer und überarbeiteter Flyer sowie die Erneuerung unseres Internetauftritts hervorgehoben. Als kritikwürdig wurde der Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit eingeschätzt, der eine jeweils aktuelle Erarbeitung und Weitergabe von Positionen der Plattform zu ökologie-relevanten Problemen sichern soll. Zum Erfurter Parteiprogramm konnte festgestellt werden, dass seine ökologischen Aussagen die Gewähr dafür bieten können, dass sich die LINKE nicht zu einer weiteren Partei entwickelt, die den Kapitalismus nur grün anstreichen will, sondern die mit der ökologischen und der sozialen zugleich die Systemfrage stellt. Das Projekt einer Parteikonferenz in diesem Jahr zum Thema Sozial-ökologischer Umbau musste zunächst verschoben werden, da die Bundestagsfraktion zum gleichen Thema eine eigene Konferenz plant. Die Arbeit der Landesgruppen der Plattform fällt in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich aus. Die Zusammenarbeit mit ihnen seitens des SprecherInnenrates muss verbessert werden.

Im weiteren Verlauf des Treffens mussten die Teilnehmer einen Wahlmarathon absolvieren: zu wählen waren 2 Parteitagsdelegierte der Plattform, der SprecherInnenrat und Mitglieder des Koordinierungsrates. Das wurde mit folgendem Ergebnis absolviert:

Unsere Parteitagsdelegierte sind Genossin Johanna Scheringer-Wright und Genosse Gilbert Siegler.

Dem Sprecherrat gehören Petra Beck, Alexandra Borchardt, Gesine Franke, Götz Brandt, Rainer Gally, Wolfgang Kämmerer, Wolfgang Borchardt und Manfred Wolf an.

In den Koordinierungsrat, der sich laut unserer Satzung aus den SprecherInnenratsmitgliedern, den Ländervertretern sowie den auf dem Bundestreffen gewählten Mitgliedern zusammensetzt, wurden Brigitte Ostmeier, Hans-Otto Träger und Heinz Preuß gewählt.

Anträge, die neue Vertriebswege für die Tarantel zum Gegenstand hatten, wurden diskutiert. Beschlossen wurde, dass ab September die Tarantel probeweise an zwei Bahnhofskiosken zum Verkauf angeboten wird.

Am 2. Tag des Bundestreffens hörten die Teilnehmer einen sehr interessanten und informativen Vortrag von Johanna Voß, MdB, zum Thema „Fracking“. Diskutiert wurde noch über Möglichkeiten, wie sich die Plattform sowohl in den Ländern als auch bundesweit noch besser in einer Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden und ökologisch befassten Gruppen engagieren kann.

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform

Die Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE führte ihr diesjähriges Bundestreffen am 21. und 22.4. in Lübeck durch.

Die Teilnehmer mussten auch hier feststellen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein mit großer Sorge die Situation in den abgeschalteten Atom-Kraftwerken Krümmel und Brunsbüttel in ihrem Bundesland beobachten. Diese AKW sind zwar abgeschaltet, aber die Betreiber beantragen keine Stilllegung und wollen diese AKW auch nicht zurückbauen, denn sie hoffen auf eine Wiederinbetriebnahme. Es gehen aber nach wie vor große Gefahren von ihnen aus. Ein Beispiel dafür sind die durchgerosteten Fässer mit Atommüll in Krümmel.

Mit diesen Erfahrungen und Ängsten fordern die Bürger auch, das nahe AKW Brokdorf in Niedersachsen sofort stillzulegen und nicht erst 2021.

Erwartet wird ebenfalls eine zügige ergebnisoffene Suche nach einem sicheren Lager für hoch radioaktiven Atommüll und nicht die von Herrn Röttgen veranstaltete Verschleppungstaktik, wie sie die „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ darstellt.

Unter dem Slogan der „Energiewende“ macht sich die Bundesregierung zum Handlanger der Energiekonzerne, indem sie den Atomausstieg verschleppt, die Solarwirtschaft blockiert und nur Großprojekte fördert.

Sie zeigt damit wieder einmal, dass sich eine kapitalorientierte Politik nicht an der Sicherheit der Menschen und dem Schutz der Umwelt orientiert.

Lübeck, 22.4.2012

Positionspapier des Bundestreffens der Ökologischen Plattform zu Rio+20

zur Vorbereitung einer Resolution für den Bundesparteitag der LINKEN

Vom 20. bis 22.6. 2012 wird in Rio de Janeiro zum 20. Jahrestag der ersten UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung die Konferenz Rio+20 stattfinden. Sie wird auch als „Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnet.

Es wird dort wohl niemand feststellen können, dass die Ziele der Konferenz von vor 20 Jahren erfüllt wurden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ziele von Rio (Deklaration über Umwelt und Entwicklung sowie insgesamt 5 Konventionen) samt aller Folgekonferenzen wurden klar verfehlt. Die Schuld dafür wird nicht etwa bei den Regierungen gesucht, deren einziges Ziel in den vergan-

genen Jahrzehnten darin bestand, auf Druck der Konzerne insbesondere der USA Vorteile im Konkurrenzkampf für ihren jeweiligen Wirtschaftsstandort herauszuschlagen. Als Schuldige werden die multiplen Krisen der letzten Jahre vorgeschoben, die von den Banken und Konzernen mit Förderung der Regierungen verursacht wurden.

Zukünftig sind Maßnahmen festzulegen, mit denen die weitere Entwicklung der Gesellschaft, von Mensch und Natur gesichert werden kann und nicht die Interessen von Banken und Konzernen im Vordergrund stehen. Das bedeutet, Wege zu finden und zu gehen, die eine Abkehr von der wachstumsgetriebenen kapitalistischen Profitwirtschaft hin zu einer ökologischen Nachhaltigkeit ermöglichen. Es darf nicht geduldet werden, dass unter dem Zeichen grüner Ökonomie das bisher zerstörerische Werk der kapitalistischen Wirtschaftsweise, nur mit einem grünen Anstrich versehen, fortgesetzt wird.

Letzteres wird aber von den Regierungen, die in der Hand der Monopole sind, offensichtlich beabsichtigt. Alle Vorbereitungen deuten darauf hin, dass auch auf dieser Konferenz die rechtliche Verbindlichkeit für den Klimaschutz nicht das Ziel ist, sondern nur an freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie appelliert wird. Ein neues weites Feld für „grüne“ Investitionen in Umweltschutztechnik, erneuerbare Energie u.a. soll der Privatwirtschaft neue Wachstumsräume eröffnen, damit das kapitalistische Wirtschaftssystem überleben kann.

An die Spitze dieser Entwicklung will sich offensichtlich die Weltbank stellen, die bisher im Namen des Profits eine Politik der Umweltzerstörung betrieben und gefördert hat. Sie kennt am besten die Methoden, wie man für die Konzerne neue Märkte schafft, Ökosysteme in Waren verwandelt und lokale Bevölkerung aus ihren Lebens-

räumen vertreibt. Sie wird auf der Konferenz einen Bericht zu „grünem Wachstum“ vorlegen. Natürliche Ressourcen sollen handelbar werden und der Finanzspekulation dienen können.

Das alles und noch mehr gehört zur sogenannten Grünen Ökonomie. Selbstverständlich erhebt sie den Anspruch, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen und will glauben machen, dass die kapitalistische Wirtschaft damit auf einem guten Weg ist.

Können das die Erwartungen der Völker an diese Konferenz sein? Die Regierungen der Industriestaaten und deren Apologeten werden das behaupten und die Ergebnisse der Konferenz begrüßen, weil das Wirtschaftswachstum weiter gehen soll und damit die Systemfrage nicht auf der Tagesordnung steht.

So werden wieder Jahre oder Jahrzehnte ins Land gehen ohne entschlossenes Handeln zur Sanierung der natürlichen Umweltbedingungen des Menschen, ja mit ihrer weiteren Schädigung, Jahre mit noch schärferer, möglicherweise subtilerer Ausbeutung der Natur und der Völker des Südens.

Diese Aussichten erfüllen uns, die Teilnehmer des Bundestreffens, mit großer Sorge. Wir appellieren an die Regierungen, an die Teilnehmer der bevorstehenden Konferenz, den verhängnisvollen Kurs zu ändern und eine Entwicklung zum Überleben der Menschheit überall auf der Welt und nicht des globalisierten Kapitals einzuleiten.

Über diesen Appell hinaus unterstützen wir den Einsatz unserer weltweit agierenden sozialen und ökologischen MitstreiterInnen, über den „Gipfel der Völker“, der vom 15.-23.6. ebenfalls in Rio stattfinden soll und zu dem zehntausend AktivistInnen von NGO's und der Landlosenbewegung erwartet werden, Druck auf den offiziellen UN-Gipfel auszuüben. Schon auf dem diesjährigen

Weltsozialforum in Porto Alegre wurde massiv Kritik an Konzepten der „Grünen Ökonomie“ geübt. Als besonders wichtig empfinden wir, entsprechende Aktivitäten im Vorfeld dieses Gegengipfels in Deutschland durch Greenpeace, BUND, NABU und diverse Gruppen der Lokalen Agenda 21 zu unterstützen.

Lübeck, 22.4.2012

Aus den Ländern

Die BASF-Umweltsauerei geht weiter. Säurebombe "Waldhof" jetzt als "Auriga" rheinabwärts unterwegs. Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz erwartet Auskunft über den Gefahrguttransport

So als wäre nichts gewesen, lässt der Ludwigshafener Chemiegigant weiterhin hochgefährliche Umweltgifte auf dem Rhein transportieren und gefährdet die Umwelt und die allgemeine Trinkwasserversorgung von Ludwigshafen bis nach Rotterdam. Der Säuretanker "Waldhof" ist erneut hochbeladen mit gemeingefährlicher Schwefelsäure im Auftrag der Ludwigshafener BASF stromabwärts auf dem Rhein regelmäßig unterwegs.

Die genauen Fahrtziele und der eigentliche Zweck der "Gefahrguttransporte" werden nicht bekannt gegeben. Nach einem Bericht der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest war das Schiff beim Unfall im Januar 2011 falsch beladen und auch noch instabil. Die schwimmende Schwefelsäurebombe wurde allerdings zwischenzeitlich keineswegs durch Umbauten und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen besser als bisher vor Havarien geschützt. Wie die BASF verlauten ließ, wurde das Schiff lediglich instandgesetzt und auf der Basis der offensichtlich unzureichenden Vorschriften erneut überprüft. Allerdings wurde das Schiff, um die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen, vor seiner neuerlichen Inbetrieb-

nahme nach bekannter Rosstäuscherart in "Auriga" (lat. Fuhrmann) umbenannt. Die Ludwigshafener BASF demonstriert damit wie schon so oft, dass ihr die Profite über alles gehen und weigert sich deshalb, freiwillig auch nur einen Eurocent zum Schutz der Menschen und der Umwelt zu investieren. Damit erreicht dieser Umweltskandal die Dimensionen des seinerzeit durch den WDR-Journalisten Gerd Monheim und die Umweltschutzorganisation Greenpeace aufgedeckten „Dünnsäureskandals“ im Leverkusen der 1980er Jahre. Gerd Monheim und dem WDR ist es damals gelungen, aufzudecken, dass der zum Chemiekonzern Bayer gehörige Farbenhersteller „Kronos Titan“ in Leverkusen/Rhein jahrzehntelang unter anderem hochgiftige, mit Cadmium, Quecksilber und anderen Schwermetallen angereicherte Säuren per Schiff rheinabwärts transportiert und einfach 20 km vor der niederländischen Nordseeküste „verklappt“ hatte. Auch damals haben die Regierenden in Düsseldorf und Den Haag einschließlich der sie tragenden Parlamente und der dafür zuständigen "Umweltschutzbehörden" die Hände in den Schoß gelegt und diesem umwelt- und menschenfeindlichen Treiben tatenlos zugesehen - bis sie durch Leute wie Gerd Monheim, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk WDR, die Umweltschutzorganisation Greenpeace und viele Tausend aufgebrachte Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden des deutschen und niederländischen Niederrheins zum Handeln gezwungen wurden.

Offensichtlich sind sowohl die Rheinland-Pfälzische Landesregierung mit Becks Umweltministerin Höfken (DIE GRÜNEN) als auch die rot-grüne Landtagsmehrheit in Mainz heute aber immer noch bereit, die gemeingefährlichen Säure- und Umweltgifttransporte der BASF und die anhaltenden Gefahren für Ökologie und Umwelt des

Rheintals zwischen Ludwigshafen und Rotterdam (NL) willfährig und stillschweigend zu tolerieren. Diese verantwortungslose Haltung zum Nutzen der Profite des Ludwigshafener Chemiegiganten BASF gefährdet beispielsweise die Trinkwasserversorgung mit „Uferfiltrat“ für Millionen Menschen in den Ballungsräumen Köln-Bonn, Düsseldorf, Duisburg-Oberhausen, Arnhem, Utrecht, Amsterdam und Rotterdam. Offensichtlich wollen aber die Verantwortlichen in Mainz in offener Kumpanei mit dem Chemiegiganten BASF auch nach dem schweren Schiffsunfall im Januar 2011 an der Loreley und der nur knapp vermiedenen Umweltkatastrophe keine Konsequenzen ziehen. Sie bemühen sich stattdessen, die anhaltenden Gefahren für Mensch und Umwelt gemeinsam mit der BASF zu vertuschen. Statt endlich zu handeln, plant die rot-grüne Landesregierung mit der Zwangsabgabe des „Wasserpfennigs“ die profitable Großchemie auch noch von den Kosten für die Reinhaltung und Aufbereitung des lebensnotwendigen Trinkwassers der Bevölkerung zu entlasten und die dafür erforderlichen Gebühren vor allem den „kleinen“ Leuten aufzubürden. Wolfgang Huste, Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz erklärt: "Die rot-grüne Landesregierung in Mainz und der Ludwigshafener Chemiegigant BASF werden nachdrücklich aufgefordert, endlich offen zu legen, wohin die gemeingefährlichen Umweltgifte transportiert werden und was mit ihnen weiterhin geschieht. Die Landesregierung ist darüber hinaus dringlich aufgefordert, die Säure- und Gefahrguttransporte auf dem Rhein ein für alle Mal zu unterbinden. Was seinerzeit in Leverkusen möglich war, muss auch für Ludwigshafen gelten.“

*Kontakt: Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz, Wolfgang Huste
Walporzheimer Str. 5, 53474 Bad Neuenahr,
Tel. 01713001864*

Schwerpunkt Rio+20: Wie weiter?

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Ulla Lötzer, Annette Groth, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Sahra Wagenknecht, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Rio+20 – Globale Gerechtigkeit statt grüner Kapitalismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Zwanzig Jahre nach der ersten Konferenz der Vereinten Nationen (VN) über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro trifft die Staatenwelt in Brasilien zur VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) erneut zusammen. Leitthemen der Konferenz vom 20. bis 22. Juni 2012 sind „Umweltverträgliche Wirtschaft im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“ und „der institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung“. Lange galt der „Erdgipfel“ von 1992 als Meilenstein der internationalen Diplomatie des 20. Jahrhunderts. Das dem Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987 entnommene Paradigma der Nachhaltigen Entwicklung postulierte dauerhaften Frieden und Wohlstand durch eine Wirtschaftsweise, bei der soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz zum Wohlergehen der Menschheit und Erhaltung der Natur im Vordergrund stehen. Millionen Menschen ließen sich von diesem Aufbruch begeistern, hinterfragten ihr Konsumverhalten und brachten sich in lokale „Agenda 21“-Initiativen ein. Drei Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges erhofften sich die Menschen eine Friedensdividende: Durch

militärische Abrüstung sollten Mittel für zivile Entwicklung frei werden.

2. Die Hoffnungen auf nachhaltige Entwicklung haben sich nicht erfüllt, im Gegenteil:

- Die Dominanz neoliberaler Politik hat die soziale Ungleichheit weltweit verschärft. Während in den Ländern des Südens weiterhin Millionen Menschen hungern und in Armut leben, haben neoliberale Reformen in Deutschland und anderen Industrieländern den Reichtum weiter konzentriert und die beschleunigte Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen verursacht. Diese Politik führte einerseits in die tiefste Krise des Kapitalismus seit Jahrzehnten, andererseits gelang es den Vermögenden in den Industriestaaten, ihren Reichtum in der Krise abzusichern und alle Krisenkosten auf die Steuerzahler, die Empfänger von Sozialtransfers, auf abhängig Beschäftigte und Rentner abzuwälzen.
- Die Bundesregierung setzte in der Europäischen Union eine strikte Sparpolitik durch, die die Krise noch verschärft und die Länder der Euro-Peripherie in den wirtschaftlichen Kollaps treibt. Ungeachtet der jahrzehntelangen Erfahrungen mit den katastrophalen Auswirkungen der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Strukturanpassungsprogramme (SAP) im globalen Süden halten die multilateralen Kreditgeber an der Strategie restriktiver Kürzungsprogramme, an Privatisierungs- und Liberalisierungsaufgaben fest.
- Infolge der Deregulierung staatlicher Ordnungs- und Lenkungs Kompetenzen kam es zu einer wachsenden Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Hoffnungen

auf einen Aufbruch in offene, demokratischere Gesellschaften, die sich mit der VN-Konferenz von 1992 verbanden, wurden enttäuscht und in ihr Gegenteil verkehrt: Mehr denn je werden die Gesellschaften vom Diktat der Finanzmärkte und Konzernlobbys beherrscht, demokratische Rechte in der Krise dramatisch abgebaut.

- Zur Wirtschafts- und Demokratiekrise trat die ökologische Krise. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung und Klimawandel wurden in den letzten 20 Jahren nicht etwa gestoppt oder zurückgedrängt, sondern haben sich verstärkt. Der um ein Vielfaches größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industriestaaten, verbunden mit entsprechenden Emissionen klimaschädlicher Gase, ließ die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen, während soziale, wirtschaftliche und ökologische Risiken durch die Verlagerung umweltschädlicher Produktionsanlagen auf die Bevölkerungen des globalen Südens abgewälzt werden. Eine konsequente Energiewende weg von fossilen Trägern und Atomkraft hin zum dezentralen Einsatz erneuerbarer Energien blieb bisher aus.
 - Die internationalen Verteilungskämpfe um Ressourcen haben an Schärfe zugenommen und werden zunehmend militärisch ausgetragen. Rund 1.600 Mrd. US-Dollar werden weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben, ein Vielfaches des finanziellen Einsatzes für die Bekämpfung von Hunger und Armut.
3. Wenn nun nach 20 Jahren in Rio de Janeiro die Konferenz über nachhaltige Entwicklung („Rio+20“) stattfindet, wären eine kritische Bestandsaufnahme und eine radikale Abkehr vom bisherigen Entwicklungsweg dringend angezeigt. Stattdessen versuchen Regierungen sowie Finanz- und

Großindustrie, die VN-Konferenz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Unter dem Deckmantel von Armutsbekämpfung und Umweltschutz sollen internationale Machtasymmetrien in den wirtschaftlichen Beziehungen und die wachsende globale Ungleichheit fortgeschrieben werden und einen grünen Anstrich erhalten. In richtungsweisenden Dokumenten zur Vorbereitung des Gipfels wird dabei eine Umkehrung des Nachhaltigkeits-Anspruches von 1992 vorgenommen: Nicht mehr der Mensch, sondern die Interessen der Wirtschaft werden in den Mittelpunkt gestellt.

- In den Ratsschlussfolgerungen „Rio+20: Wege zu einer nachhaltigen Zukunft“ auf Ratsdokument 7514/12 orientiert die Europäische Union (EU) auf eine Vertiefung ihrer neoliberalen internationalen Agenda mit grünem Anstrich. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit will sie über PPP-Projekte die Rolle der Privatwirtschaft stärken. Unter dem Vorwand, die Diffusion umweltfreundlicher Güter und Technologien zu fördern, sollen Investitions- und Handelshemmnisse für europäische Unternehmen beseitigt und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtert werden.

4. Die Folgen einer kapitalistischen „grünen Wirtschaft“, die der Struktur und Macht der Konzerne entspricht, sind längst sichtbar. Großprojekte wie Desertec oder transkontinentale Supergrids für großräumigen Stromexport können sozial-ökologische Konflikte hervorrufen und neokoloniale Abhängigkeiten verstärken. Der gesteigerte Bedarf der Industrieländer an Agrokraftstoffen verursacht in den Ländern des Südens Entwaldung, Nutzungsverdrängung und Vertreibung. Patentanmeldungen auf Genmaterial von Saatgut durch Nahrungsmittelkonzerne berauben Bauernfamilien ihrer Existenzgrundlagen, traditionelle medizini-

sche Heilmittel und Duftstoffe werden lokalen Bevölkerungen durch Biopiraterie entwendet. Wachsende Rohstoff- und Energienachfrage trägt unmittelbar dazu bei, die Nahrungskrise in den Ländern des Südens zu verschärfen. Abbau von Uran, wie in Mali oder Niger, der in einigen westeuropäischen Ländern bedeutende Anteile der elektrischen Energie absichert, führt in den Abbaugebieten zu schwerwiegenden ökologischen und sozialen Verwerfungen und gefährdet die Gesundheit der Menschen.

5. Die Strukturen der Vereinten Nationen im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich tragen zum Ausverkauf der Natur und öffentlichen Güter und damit zur Vergrößerung der globalen Ungleichheit bei. Anstatt staatlichen Akteuren die Durchsetzung verbindlicher Standards für Nachhaltigkeit zu empfehlen, optierten die VN zur Jahrtausendwende für „freiwillige Initiativen“ und „Partnerschaften“. Die VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) ist zur losen Plattform für die Anbahnung öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) geworden, die als verdeckte Form von Privatisierung, Deregulierung und Informalisierung zwischen Regierungen – oft abseits von demokratischer Legitimität, ohne gesellschaftliche Kontrolle und Transparenz – und Konzernen (Wasser, Sanitärversorgung, Gesundheitsversorgung, Energie, Transport, Wohnen, Bildung, Abfall) abgeschlossen werden und diesen ermöglicht, in noch nicht eroberte Märkte des globalen Südens vorzudringen und ihre Markt-macht abseits staatlicher Kontrolle über die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrecht zu festigen.

6. In vielen Teilen der Welt werden die neoliberalen Dogmen unterdessen radikal in Frage gestellt. In Lateinamerika haben soziale Bewegungen linke Parteien an die Regierung gebracht, die die Voraussetzungen für einen sozialen und demokratischen Wandel in ihren Ländern schaffen, indem

sie die staatliche und gesellschaftliche Kontrolle über bedeutsame Teile ihrer Volkswirtschaften wiederherstellen, Formen solidarischer Wirtschaft erproben, den öffentlichen Sektor stärken, in Daseinsvorsorge und Sozialprogramme investieren. Durch regionale Kooperation, z.B. im Rahmen des Integrationsprojektes ALBA, versuchen sie, ihre historische Abhängigkeit vom Norden zu verringern und Spielräume für eine eigenständige Entwicklung zu schaffen. Dem Konzept der „Green Economy“ stellen sie alternative Vorstellungen entgegen, die die materielle, soziale und spirituelle Zufriedenheit für alle Mitglieder der Gemeinschaft, jedoch nicht auf Kosten anderer Mitglieder und nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen anstreben.

7. Im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) haben das International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES), das International Peace Bureau (IPB) und Foreign Policy in Focus (FPF), unterstützt durch zahlreiche Nobelpreis-träger, einen Appell mit dem Titel „Disarmament for Sustainable Development“ veröffentlicht. Sie kritisieren, dass die weltweit für Rüstung aufgebraachten Mittel um ein Vielfaches die für die Bekämpfung von Hunger und Armut eingesetzten Mittel übersteigen. Sie rufen die UNCSD-Teilnehmer auf, beginnend mit 2013 eine Reduktion der jährlichen Rüstungsausgaben um zehn Prozent zu verabreden. Die dadurch frei werdenden Mittel in Höhe von rund 150 Milliarden US-Dollar jährlich sollen einem neu zu schaffenden Fonds bei den Vereinten Nationen für die Hunger- und Armutsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

8. In der Folge der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992 war es weltweit zu einem breiten Aufbruch zivilgesellschaftlichen Engagements gekommen. Nach 20

Jahren hat angesichts der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen und anhaltender Umweltzerstörung und Erderwärmung vielerorts die Erkenntnis Raum gegriffen, dass allein ein grundsätzlicher Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen die Voraussetzung für eine wirklich nachhaltige Entwicklung ist. Ein „grüner“ Kapitalismus kann daher nicht die Antwort auf die Frage nach ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit sein. Der Bundestag begrüßt ausdrücklich, dass die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) von einem Alternativgipfel (people's summit) kritisch begleitet wird, auf dem echte Alternativen zum „grünen“ Neoliberalismus diskutiert werden, und unterstützt den Global Action Day am 20. Juni 2012.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf der VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung für eine umfassende Abrüstungsinitiative einzusetzen und in diesem Sinne

- den Aufruf „Disarmament for Sustainable Development“ zur Kenntnis zu nehmen und ihn auf der VN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) in Rio de Janeiro einzubringen
- mit den auf der VN-Konferenz vertretenen Regierungen über die in dem Aufruf dargestellten Schritte zur Abrüstung und Umwidmung von Rüstungsetats zugunsten der Bekämpfung von Hunger und Armut zu verhandeln und den Bundestag im Anschluss an die Konferenz über die diesbezüglichen Ergebnisse zu unterrichten;

2. sich für eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden einzusetzen und in diesem Sinne

- in der Europäischen Union (EU) dafür einzutreten, dass die Verhandlungen über Freihandelsabkommen der EU mit Indien sowie Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien, der Abschluss der Handelsabkommen mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) umgewidmet werden in entwicklungsförderliche Verhandlungsmandate für Handelsabkommen,
- sich für einen konsequenten Technologie- und Wissenstransfer von Nord nach Süd und einen Erfahrungstransfer alternativer Lebensweisen von Süd nach Nord auf internationaler Ebene einzusetzen und einen solchen in der internationalen Zusammenarbeit Deutschlands fest zu verankern,
- sich für einen umfassenden Schuldenerlass einzusetzen,
- Das Konzept der „Green Economy“, beschrieben etwa in dem Bericht „Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication“ des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), hinterfragt nicht die destruktiven Triebkräfte des entfesselten Marktes, sondern strebt im Gegenteil an, sämtliche Bereiche des Lebens der Marktlogik zu unterwerfen. Investitionen sollen in klima- und umweltfreundliche Technologien gelenkt, die natürlichen Ressourcen mit einem Warenwert versehen, kommerzialisiert und privatisiert werden. Bewertungssysteme für markt-basierte Umweltdienstleistungen wie der internationale Handel mit Emissionsrechten, REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation), ethisch und sozial bedenkliche Gen-, Bio- und Geotechnologien wer-

Schwerpunkt Rio+20: Wie weiter?

den als Mittel gegen Armut, Hunger, Waldschwind, Artensterben und Klimaerwärmung präsentiert.

- konkrete Schritte zur Regulierung der globalen Finanzmärkte einzubringen, insbesondere auf ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer und die Erhebung einer globalen Kohlendioxidsteuer zu dringen,
- sich für ein Ende von Agrarsubventionen in Industriestaaten einzusetzen,
- sich für den Erlass eines Moratoriums für den Import von Agrokraftstoffen aus Ländern des Südens einzusetzen,
- sich im Rahmen von Verhandlungen zu nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) neben verbindlichen Zielen für Klimaschutz, Ressourcennutzung und Verschmutzung für die Verankerung wirtschaftlicher und sozialer Ziele wie nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, Ausrottung der Armut und Reform des globalen Finanz- und Steuersystems einzusetzen;
- sich auf VN-Ebene für eine wissenschaftliche Überprüfung zur Wirksamkeit bestehender marktbasierter Instrumentarien zur Bekämpfung von Klimawandel und Waldzerstörung (CDM, REED, REED+) einzusetzen;

3. sich für eine Reform der Vereinten Nationen (VN) einzusetzen mit dem Ziel, die VN durch die Stärkung der Generalversammlung zu demokratisieren und ihre entwicklungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen zu stärken, indem

- ein Fonds zur Kompensierung von kolonialer Ausbeutung und Klimawandelfolgen eingerichtet wird,
- der Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC) und die VN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD)

institutionell, personell und finanziell gestärkt werden,

- eine in die VN integrierte Kartellbehörde zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen gegründet wird,
- im Rahmen bestehender und künftiger VN-Strukturen (UNEP, CSD) verbindliche Nachhaltigkeitsregeln und Ziele für staatliche und nichtstaatliche Akteure implementiert werden,
- die Weltbank und der Internationale Währungsfonds in das VN-System eingegliedert werden,

4. die Unterzeichnung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt; International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights – ICESCR), mit dem Einzelpersonen beim VN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im VN-Sozialpakt garantierten Rechte verletzt sehen, zu beschließen und dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung vorzulegen.

Berlin, den 22. Mai 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Leitlinien für eine ökologische Linke

Marko Ferst im Gespräch mit Götz Brandt über sein neues Buch

„Ökologische Umbrüche und Technik“

Ökologie soll zu einer zentralen Säule der Politik der Linken werden, vermitteln Sie in Ihrem neuen Buch. Wie stark ist der ökologische Parteiflügel wirklich?

Der von den Ökologen formulierte Programmteil zum sozial-ökologischen Umbau wurde ohne Abstriche vollständig übernommen. Mit etwa 700 eingeschriebenen Mitgliedern stellt die Ökologische Plattform zwei Parteitagsdelegierte. Ein weiterer

Programmteil befasst sich mit der Zentralität der ökologischen Frage. Unsere Zivilisation kann nur überleben, wenn ökologische Standards die Basis wirtschaftlicher Tätigkeit werden. Die Politik muss den Rahmen dafür setzen. Wir Ökologen stehen hinter diesen Anforderungen des neuen Programms.

Weder Löttsch noch Ernst lassen erkennen, dass die langfristigen ökologischen Interessen irgendeine Rolle spielen ...

Das kann man so nicht sagen. Gesine Löttsch meinte in ihrer Parteitage, wir wollen den sozial-ökologischen Umbau und die soziale Frage mit der ökologischen unauflösbar verbinden. Und Klaus Ernst äußerte, dass dieses Land keine zweite grüne Partei braucht, aber sehr wohl eine Partei, die konsequent für einen ökologischen Umbau kämpft. Ein grüner Gysi ist allerdings noch nicht in Sicht.

Im Programm der Linken sind ökologische Fortschritte erkennbar, doch gegenüber den Aussagen der Grünen meist noch weit im Hintertreffen ...

Die Programmaussagen der Grünen sind zu Einzelthemen in der Regel umfangreicher als bei den LINKEN. Aber der gravierende Unterschied liegt in der Beurteilung der Eigentumsverhältnisse. Während die Grünen glauben, man könne den Kapitalismus grün gestalten, sind die LINKEN der Auffassung, dass der Kapitalismus nicht grün gemacht werden kann und überwunden werden muss.

Sie stellen das Wachstum der Industriegesellschaften in Frage. Wie wollen Sie 90 Prozent der Treibhausgasemissionen hierzulande reduzieren?

Bereits 1972 war durch den Bericht des Club of Rome klar, dass es Grenzen des industriellen Wachstums gibt. Der Ressourcenverbrauch muss um über 80 % gesenkt werden, damit nachfolgende Generationen

auch noch Rohstoffe zur Verfügung haben. Notwendig ist, mit der Schrumpfung der Industrieproduktion in den USA und in Europa zu beginnen. 90 % der Treibhausgase können nur dann reduziert werden, wenn die Strom- und Wärmeproduktion vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Würde man alle Güter auf Langlebigkeit trimmen, was in der Wegwerfgesellschaft aus Profitgründen nicht realisiert wird, könnte der Materialverbrauch um 50 % sinken, ohne den Wohlstand zu verringern.

Die Ökologische Plattform bei der Linken will bis 2030 den Strom vollständig solar gewinnen. Wie geht das?

Die deutsche Industrie verfügt über die technischen Potenziale und die notwendigen Investitionsmittel, um in 20 Jahren die fossil-atomare Stromerzeugung vollständig abzulösen. Es fehlt bei den übrigen Parteien der politische Wille, aber auch die Macht, das zu tun.

Götz Brandt ist Mitglied des Sprecherrates der Ökologischen Plattform und veröffentlichte den Band „Ökologische Umbrüche und Technik. Leitlinien für eine ökologische Linke“, erschienen 2011, Edition Zeitsprung, 15,90 €. Leseprobe:

<http://www.umweltdebatte.de/brandt-2011.htm>

OECD-Umweltausblick fordert schnelles und koordiniertes Handeln

Pressemitteilung, Paris/Berlin 15.3.2012

Ohne umfassende politische Maßnahmen drohen uns globale Umweltschäden, die unumkehrbar sind und die jüngst erzielte Fortschritte bei der Anhebung unseres Lebensstandards vernichten könnten. Zu diesem Ergebnis kommt der „OECD-Umweltausblick bis 2050“, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung heute in Berlin, London und Mexiko City vorgestellt hat.

Der Bericht mit dem Untertitel „Die Folgen des Nichthandelns“ enthält neueste Projektionen zu den sozio-ökonomischen Trends der kommenden vier Jahrzehnte und zu deren Auswirkungen auf Klimawandel, Artenvielfalt, Wasser sowie Gesundheit und Umwelt. Demnach wird sich die Weltwirtschaft bis 2050 fast vervierfachen. Zudem wird die Weltbevölkerung um weitere zwei Milliarden Menschen wachsen – und, damit einhergehend, die Nachfrage nach Nahrung, Wasser und Energie.

Nur ambitionierte und zügig auf internationalem Level umgesetzte Maßnahmen können verhindern, dass Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer erheblichen ökonomischen und gesellschaftlichen Schaden nehmen. Ohne Politikwechsel griffe das Basisszenario des Berichts, wonach:

- der weltweite Primärenergieverbrauch 2050 um 80 Prozent höher liegen wird als heute. Schon in den kommenden Jahrzehnten werden die sogenannten BRICS-Länder – Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika – mehr Energie verbrauchen als die 34 Mitglieder der OECD. Da der Anteil fossiler Energieträger im Weltenergiemix mit 85 Prozent eher zunimmt, würden etwa 50 Prozent mehr Treibhausgase ausgestoßen werden als heute. Die Folgen sind beschleunigter Klimawandel und Luftverschmutzung;
- städtische Luftverschmutzung 2050 für den Großteil aller umweltbedingten Todesfälle verantwortlich sein wird: 3,6 Millionen Menschen weltweit könnten dann jedes Jahr an Feinstaub sterben – doppelt so viele wie heute. Die Metropolregionen Indiens und Chinas hätten unter diesem Trend am stärksten zu leiden. Im OECD-Raum dürften sich vor

allem Todesfälle durch bodennahes Ozon mehren;

- die Artenvielfalt an Land um weitere zehn Prozent abnehmen wird, vor allem in Europa, Asien und im südlichen Afrika. In Gewässern sind bereits heute ein Drittel aller Fischbestände ausgerottet oder extrem dezimiert – Tendenz steigend. Der Verlust der biologischen Vielfalt bedroht nicht nur das Wohlergehen der indigenen oder armen Bevölkerung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Er beeinflusst auch das Klima, die Wasserquantität und -qualität, die landwirtschaftliche Produktion oder die Verbreitung von Krankheiten und damit die Menschen in Industrieländern;
- der weltweite Wasserverbrauch um mehr als die Hälfte steigen wird. Den größten Mehrbedarf hätten dabei das verarbeitende Gewerbe (+400%), aber auch thermische Stromerzeuger (+140%) und private Haushalte (+130%). 40 Prozent der Weltbevölkerung werden im Jahr 2050 voraussichtlich in Gebieten mit extremer Wasserknappheit leben – 2,3 Milliarden Menschen mehr als heute.

Angesichts dieser Projektionen reichen die vereinzelt Besserungen der Vergangenheit nicht mehr aus. Die Umweltbelastungen verschärfen sich gegenseitig und können binnen kürzester Zeit zu Veränderungen führen, die nicht mehr steuerbar sind. Natürliche Systeme wandeln sich nicht linear. Werden bestimmte Schwellen oder Kipp-Punkte überschritten, kommt es zu unmittelbaren und nichtkorrigierbaren Schäden.

Der Bericht nennt eine Reihe von Maßnahmen, die den negativen Ausblick aufhellen und das Wohl künftiger Generationen sichern können. Er plädiert unter anderem dafür, Umweltverschmutzung durch Steu-

ern oder weltweiten Emissionshandel zu verteuern; natürliche Ressourcen (etwa Wasser) mit einem Preis zu versehen und Märkte für sie zu schaffen oder wirtschaftliche Instrumente mit Vorschriften und Normen zu kombinieren (z.B. für die Luftqualität oder bei der Raumplanung). Außerdem spricht er sich dafür aus, umweltschädliche Subventionen – etwa für fossile Brennstoffe, Landwirtschaft und Fischerei – abzuschaffen. Weiterhin bedarf es einer gezielten Förderung CO₂-armer Technologien, einer Maximierung der Wasserproduktivität in Landwirtschaft und Industrie sowie anderer Neuerungen, die die Umwelt entlasten. Diese „grünen“ Technologien müssten zudem auch in Entwicklungsländern bereitgestellt werden, in denen in den kommenden Jahrzehnten das prozentual größte Wachstum erwartet wird.

Vor allem aber ist es laut Bericht unerlässlich, Maßnahmen sektor- und länderübergreifend zu vereinbaren. Regelmäßige Beobachtung und Bewertung soll dabei Synergien fördern und Widersprüche zwischen einzelnen Initiativen verhindern. Strategische Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Akteuren, zum Beispiel Unternehmen, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, können nach Ansicht der Autoren die Effizienz der Projekte erhöhen.

„Wenn wir die Bedürfnisse von mehr als neun Milliarden Menschen befriedigen wollen, brauchen wir eine grünere Landwirtschaft, eine grünere Industrie und eine grüne Energieversorgung“, sagte der Generalsekretär der OECD Angel Gurría. Um die dringendsten Herausforderungen bis 2050 zu bewältigen, sollten die Regierungen schon heute auf grünes Wachstum setzen.

2052 - A Forecast for the Next Forty Years

Wolfgang Borchardt

40 Jahre nach dem ersten aufrüttelndem Bericht des Club of Rome wurde am 7. Mai eine weitere Studie veröffentlicht – mit der Prognose der nächsten 40 Jahre.

Die Aussagen sind düster:

Selbst unter der umstrittenen Annahme, dass allen Umweltgütern ein Preis zukommt, kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die **Weltwirtschaft mit ihrem noch vorhandenen Wachstum schon jetzt weniger Gewinn macht, als die Kosten der Umweltzerstörung betragen.**

- Voranschreiten des Klimawandels. Das Ziel, die Erderwärmung bei 2grd zu stabilisieren, ist unerreichbar.
- In Folge dessen: stärkere Erderwärmung, Anstieg des Meeresspiegels; extremes Wetter, verheerende Dürren, Überflutungen, Wirbelstürme und Hungersnöte
- Die Weltbevölkerung wird bis 8,1 Milliarden anwachsen und danach zurückgehen (Hunger; 3 Mrd. Arme)
- In den Entwicklungsländern bis 2052 weniger Armut;
- In den Industrienationen zunehmende Ungleichheit bei Stagnation der Weltwirtschaft
- BRIICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, vor allem China und Südafrika) gewinnen

Es gibt verschiedene Schlussfolgerungen:

Ein Mitautor des Reports, Carlos Joly, empfiehlt, umweltrelevante Ressourcen (Wasser, Bodenfruchtbarkeit, Klima) und Lebensqualität künftig in die Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts zu integrieren.

Der Österreicher Karl Wagner sagt eine Revolution in den 2020er Jahren voraus, die er mit der von 1848 gegen das feudale Herrschaftssystem vergleicht und hofft, dass die Wirtschaft nachhaltiger wird.

Entwicklungsländer fordern Vorfahrt für Wohlstand

Vorbereitungstreffen für UNO-Nachhaltigkeitskonferenz legt sich auf Armutsbekämpfung fest. "Mutter Erde" erstmals auf Rio+20-Agenda

Benjamin Beutler, New York/La Paz

Bolivians Linksregierung rührt die Werbetrommel für die Selbstbestimmung des globalen Südens. Das Recht auf eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dürfe nicht von grünen Umweltpolitiken aus den wohlhabenden Industrienationen gehemmt werden, kritisiert die Regierung des Andenlandes. Auf der Staatenkonferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD) Mitte Juni im brasilianischen Rio de Janeiro wird darum laut Medienberichten erstmals international über das andine Konzept der "Mutter Erde" und ihre Rechte beraten. Der bolivianischen Verhandlungsführung sei es im Rahmen der G77+China-Staaten gelungen, den Begriff im offiziellen Vorschlag des Bündnisses der Entwicklungsstaaten zu verankern.

Laut Boliviens Verhandlungschef für die Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20, René Orellana, ist das Thema "Mutter Erde" auf einem Vorbereitungstreffen in New York in die Agenda eingeflossen. Es handele sich um "eine Formulierung, welche seine Wichtigkeit unterstreicht", sagte Orellana dem Radiosender Erbol. Zwar sind die Verhandlungen über die Endversion des Papiers der G77 und China noch nicht abgeschlossen. Mangels strenger Regeln zur Texteingabe wird der bolivianische Vorschlag auf der UNCSD-Konferenz in sechs Wochen

aber wohl erstmals die Bühne internationaler Diplomatie betreten.

Nach Monaten der Gespräche sei es Bolivien "mit Vorschlägen und durch Zusammenarbeit mit allen Ländern der G77 + China" gelungen, die andine Vorstellung von "Pachamama" und "Buen Vivir" als ein neues strategisches Paradigma einzuführen, schreibt Orellana in einem Internetblog. "Das Dokument wird die Sicht der Welt auf Natur und Entwicklung verändern".

Für die Entwicklungsländer steht die Beendigung der Armut im Mittelpunkt nachhaltiger Entwicklung. Die ärmsten Länder der Welt fordern das Recht auf Entwicklung ein. Schon Ende 2011 hatte Brasiliens UNCSD-Verhandlungsführer André Corrêa do Lago stellvertretend für die Entwicklungsländer die "Ent-Umweltpolitisierung" des Nachhaltigkeitsdiskurses und mehr Anstrengungen für Armutsbekämpfung gefordert.

Weitere Forderungen aus dem linksregierten Bolivien sind das Menschenrecht auf Wasser, die Harmonie mit der Natur, eine holistische Weltsicht, Nahrungssicherheit, der Schutz der Berge vor Klimawandelfolgen und eine Reform der globalen Finanzarchitektur. Auch die Anerkennung der Rolle indigener Völker für die Bewahrung von Saatgut, Agro- und Biodiversität und ihrer Rechte sowie der Wandel nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsstrukturen und "Anerkennung und Respekt der Existenz verschiedener Modelle, Visionen, Politiken und Instrumente auf der Grundlage der Souveränität jedes Staates" sind im Forderungskatalog enthalten. Angesichts globaler Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialkrisen müsse anerkannt werden, dass allein "marktbasierte Wachstumsstrategien unzureichend und kein Garant für sicheres und gerechtes Wachstum sind und die Probleme von Armut, Gesundheit, Bildung und Arbeit nicht lösen", so Orellana.

Alternatives Weltwasserforum in Marseille erfolgreich!

Ercan Ayboga

Zwischen dem 9. und dem 17. März 2012 fanden in Marseille das Alternative Weltwasserforum (FAME) und das 6. Weltwasserforum (WWF) statt. Das WWF wird vom Weltwasserrat, einer Lobbyorganisation dominiert von privaten Wasserunternehmen und internationalen Finanzeinrichtungen, seit 1997 dreijährlich organisiert, um für die globale Wasserkrise Lösungen zu finden. Diese sehen immer die Privatisierung der Wasserdienstleistungen und –ressourcen vor, was für die Bevölkerung im Endeffekt höhere Preise, schlechtere Wasserqualität und schlechteren Service bedeutet. Dagegen regt sich seit Jahren weltweiter Widerstand. Das vorletzte WWF wurde in Istanbul 2009 abgehalten, doch mit einer großen Gegenbewegung konfrontiert.

Jetzt fand das 6. Weltwasserforum in der Stadt des Sitzes des Weltwasserrats, Marseille, statt, wogegen die weltweiten Wasserbewegungen wie auch fortschrittliche Wasserbetriebe von Kommunen und Regionen das FAME organisierten. Am FAME nahmen fast genauso viele Menschen teil (knapp 5.000) wie am offiziellen Wasserforum, was sehr beachtlich ist. Denn zum 6. WWF kamen knapp 20.000 Teilnehmer. In 50 Workshops wurden alle Facetten der politischen Auseinandersetzung um Wasser kritisch behandelt. Dies zeigt das Interesse am wichtigsten Lebens- element unseres Planeten und das immer offenkundiger werdende Scheitern des Weltwasserforums. Ein wichtiger Unterschied zum vorherigen Wasserforum war, dass es kaum Menschen gab, die sich beide Foren angesehen haben – auch ein Ausdruck der klarer verlaufenden Fronten zwischen beiden „Seiten“! Ein weiterer Unterschied zu 2009 war der Fakt, dass die UN Generalversammlung 2010 das Recht

auf Wasser als Menschenrecht deklariert hatte. Das hat keine Verbindlichkeit, ist aber ein politisches Signal, dass nicht alles unbegrenzt privatisiert werden kann. Doch heißt das lange nicht, dass die Konzerne nun Abschied nehmen von der Wasserprivatisierung. Sie suchen immer nach neuen Wegen, Formen, die auf den ersten Blick nicht wie Privatisierung aussehen.

Mehr Infos:

www.fame2012.org

Erneuerung der Ökonomie – Was für eine Erneuerung?

Saral Sarkar

Neulich bekam ich einen Text mit dem Titel "Für eine Erneuerung der Ökonomie"¹). Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler. Da ich aber zu diesem Thema einiges geschrieben habe, war ich sehr interessiert. Ich dachte, wenn sich über einhundert besorgte Wirtschaftswissenschaftler Gedanken über die Erneuerung der Ökonomie gemacht haben, dann muss ich ihr Memorandum lesen. Nach der Lektüre war ich aber etwas enttäuscht. Es war ein Missverständnis. Den Unterzeichnern geht es nicht um eine Erneuerung der Wirtschaften (Ökonomien) der Welt oder der von Deutschland, sondern um eine Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften.

Aber eine Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften könnte auch der erste Schritt für die Erneuerung der Wirtschaften sein. Schauen wir also, was für eine Erneuerung die Unterzeichner anstreben.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise konstatieren sie eine tiefe Krise ihrer Wissenschaft. Sie ziehen folgerichtig das herrschende Kernparadigma der Ökonomik in Zweifel, in dessen Rahmen die meisten Ökonomen schon

1 (<http://www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/das-memorandum/>)

seit Jahren denken, lehren, forschen und die Politik beraten. Dieses Paradigma bezeichnen die Unterzeichner nicht klar. Sie bemängeln nur, dass es "sich in verschiedenen Varianten der Fürsprache des Marktes verschrieben hat." Sie fordern eine paradigmatische Öffnung der Wirtschaftswissenschaften, eine "paradigmatische Pluralität von Sichtweisen". Sie fordern, dass im Wissenschaftsbetrieb, in der Lehre und Forschung, "andere, von der vorherrschenden Lehre abweichende Sichtweisen" aktiv gefördert werden. Sie wünschen sich eine Streitkultur, Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Sichtweisen.

Hier bin ich etwas unsicher geworden. Geht es hier um verschiedene Paradigmen oder nur um verschiedene Sichtweisen und Lehren? Das ist eine wichtige Unterscheidung. Denn auch im Rahmen desselben Paradigmas kann es unterschiedliche Sichtweisen und Lehren geben. Einen Hinweis darauf, was die Autoren des Memorandums meinen, bekommt man, wenn man liest, dass sie Joseph Stiglitz, Paul Krugman und Amartya Sen als Entwickler eines «New Economic Thinking» verstehen. Diese drei sind keine Gegner der Marktwirtschaft, sie sind auch keine Gegner des Kapitalismus. Da ist nichts wesentlich Anderes. Stiglitz und Krugman sind Keynesianer, und Amartya Sen hat mit seiner Wohlfahrtsökonomik ein Herz für die Armen der Welt. Das sind nur unterschiedliche Sichtweisen bzw. Schwerpunkte im Rahmen des herrschenden Paradigmas, verschiedene Varianten der «Fürsprache des Marktes», genauer, der Fürsprache der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Es gibt schon genug Auseinandersetzungen unter Ökonomen – z.B. zwischen marktradikalen Neoliberalen und Keynesianern – aber alles im Rahmen desselben

herrschenden Paradigmas. Darum konnte der Keynesianismus schon vor langem in die herrschende Lehre integriert werden. Es gibt schon seit langem eine Keynes-Neoklassik-Synthese.

Auch in der Praxis wechseln die Herrschenden leicht von der einen zu der anderen Politik.

Thomas Kuhn hatte aber in seinem berühmten Buch von Paradigmenwechseln (paradigm shift) geschrieben, nicht von paradigmatischer Pluralität. Heute ist wirklich ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftswissenschaften dringend notwendig – ein Wechsel von dem herrschenden Wachstumsparadigma zu dem, was ich das Grenzen-des-Wachstums-Paradigma nenne. Das Kernparadigma des herrschenden Wirtschaftssystems, mithin der Wirtschaftswissenschaften, ist der feste Glaube an die Möglichkeit von unbegrenztem Wirtschaftswachstum. Der feste Glaube an die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft ist ein Unterparadigma dieses Kernparadigmas. Unter diesem hat es auch andere Unterparadigmen gegeben, nämlich, Planwirtschaft, soziale Marktwirtschaft, regulierten bzw. keynesianischen Kapitalismus. Alle diese basier(t)en auf dem festen Glauben an die Möglichkeit unbegrenzten Wirtschaftswachstums.

Die Herrschenden haben kein Problem damit, dass in den Unis ein Nebeneinander von friedlich streitenden Unterparadigmen existiert. Ein Keynesianer, Peter Bofinger, ist sogar einer der fünf Wirtschaftsweisen. Vor ihm war Stiglitz der Chefwirtschaftsberater von Bill Clinton. Rudolf Hickel war (oder ist noch) sogar Aufsichtsratsmitglied bei mehreren deutschen Konzernen. Das ist alles unwichtig.

Heute sind die Grenzen des Wachstums spürbar geworden. Die Menschheit leidet

Schwierig sind nicht die neuen Gedanken,
schwierig ist vielmehr,
von den alten loszukommen.

Keynes

daran, dass ihr Wirtschaften an diese Grenzen gestoßen ist. Wir müssen diese Realität hinnehmen. Die Wirtschaften mancher Industrieländer schrumpfen schon. In absehbarer Zukunft wird die ganze Weltwirtschaft schrumpfen, ob es uns gefällt oder nicht. Es ist höchste Zeit, einen geordneten Rückzug vom heutigen Wachstumswahn zu beginnen.

Die Memorandumautoren schreiben aber selbst, die paradigmatische Öffnung der Wirtschaftswissenschaften muss "vor allem von außen angestoßen werden." Das geschieht schon. Wenn die Staatslenker unter dem Druck der ökologischen und Ressourcenlage die Notwendigkeit der Wirtschaftsschrumpfung eingesehen haben, werden sie von sich aus den Wirtschaftswissenschaftlern den Auftrag geben, eine solche Schrumpfung wissenschaftlich vorzubereiten, ja zu planen. Die Wissenschaftler werden dann den oben genannten Paradigmenwechsel vollziehen müssen. Dann muss vieles neu und anders gedacht werden. Dann werden sie auch den heutigen "perspektivischen Monismus" in Frage stellen dürfen. Sie werden dann keine Appelle an die Regierenden zu richten brauchen.

Bis dahin aber können sie doch, als Bürger, von außerhalb ihrer Unis diesen angefangenen Paradigmenwechsel forcieren. Dafür braucht man keine Forschungsarbeiten und kein Fördermittel. Wie ein früherer Keynesianer, Lawrence R. Klein schrieb, "praktische Ökonomik ist einfach gesunder Menschenverstand, während theoretische Ökonomik schwierig gemachter gesunder Menschenverstand ist."

Konturen eines nicht-romantischen ökologischen Marxbildes

Sozialökologisches Bürgerforum Plön

In unserer Zeit wird wieder einmal über den Staat und seine Aufgaben nachgedacht. Das neoliberale Konstrukt der Marktfreiheit

als scheinbarer Ausweg aus der Sackgasse zentralistisch-bürokratischer Steuerung hat sich angesichts der Vielzahl nicht eingelöst-er Versprechen blamiert. „Wenn Freiheit nur noch Privateigentum und Kontrakt ist, bleibt die Demokratie auf der Strecke, am Ende auch noch die politische Stabilität“, warnten Erhard Crome und Jochen Franzke hellstichtig schon vor zwölf Jahren²⁾. Den möglichen Ausweg aus der neuerlichen Sackgasse, in die sich der Marktfundamentalismus hineinmanövriert hat, deutete schon damals ein neues Bild vom Bürger und seinen sozialen Netzwerken an: „Die Schröder-Regierung spricht ... vom ‚aktivierenden Staat‘, der sich auf Kernaufgaben zurückzieht, aber gleichzeitig die Zivilgesellschaft in die Lage versetzt, sich selbst besser zu steuern als bislang“. Sich aus seiner Untertanenrolle befreiend, verlange der Citoyen „Mitsprache und Mitentscheidung auch jenseits der repräsentativen Demokratie“³⁾. Ohne diesen Wandel sehen wir nur geringe Chancen, die mit Peak Oil verbundenen Herausforderungen zu bewältigen.

Wohlfeiles Lamentieren über das Versagen des Staates oder dessen neoliberale Entartung verbindet sich umso stärker mit ökologisch verbrämten Romantizismen, je weiter die ökologische Krise voranschreitet. Denken und Empfinden der Romantik (ca. 1790-1830) spiegelten sich als Gegenbewegung zur Industrialisierung in Innerlichkeit und Gefühlsbetontheit der Individuen. Rousseau hatte die Gesellschaft seiner Epoche als Pervertierung des ursprünglichen Naturzustands der Menschheit empfunden. „Zurück zur Natur!“ bedient bis zum heutigen Tag die Sehnsucht vieler Subalternen nach einer harmonischen, konfliktfreien Welt. Doch die Verheißung

2 Crome, Erhard und Franzke, Jochen: „Editorial?“, Berliner Debatte Initial, Heft 3/2000, S. 2

3 daselbst, S. 2 f

des kommunistischen Paradieses zer-
schellte im August 1991.

Der Marxismus ist gescheitert, nicht aber Marxens Theorie

Das Scheitern des russischen Kommunismus ist ideologisch auch auf seine Marx-Rezeption zurückzuführen. Wie jedes gesellschaftswissenschaftliche Werk, kann auch die Marx'sche Theorie abhängig vom ideologischen Standpunkt ihres Rezipienten in unterschiedlicher Weise reflektiert werden. Dabei ist zwischen Marx'scher Theorie und Marxismus zu unterscheiden, wobei letzterer als Kern marxistischer Schulen in diverse Deutungsmuster zerfällt. Heute sprechen wir von orthodoxem Marxismus - genauer: vom russischen Marxismus, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Lenin entwickelt und von Deborin und Stalin zum Dogmengebäude des „Marxismus-Leninismus“ vulgarisiert wurde. Davon zu unterscheiden sind

- a) der „Marxismus des Westens“, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialisten/Sozialdemokraten im Umfeld der Turiner Rätebewegung von Antonio Gramsci und im Umfeld der Ungarischen Räterepublik von György Lukács begründet und überwiegend von westeuropäischen kommunistischen Parteien (Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Schweden) aufgenommen, und
- b) der „Neue Marxismus“, wie er nach der Erfahrung des Faschismus im Umfeld der 1968er-Bewegung u.a. in Frankreich, der BRD und den USA unter Einfluss sozialpsychologischer Analysen der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno, auch Erich Fromm gehörte ihr zeitweise an) im akademischen Milieu Verbreitung fand. Weitere Marxismen, etwa in chinesischer oder trotzkisti-

scher Ausprägung, sind ebenfalls zu erwähnen.

Bis in die 1960er Jahre galten Engels' Schriften unwidersprochen als Basis wissenschaftlicher Marx-Rezeptionen. Der „Anti-Dühring“ aus dem Jahr 1878 wurde zur Fibel einer „marxistischen Weltanschauung“ stilisiert und floss mit weiteren nach dem Anti-Dühring herausgegebenen Engels-Schriften in den Kanon marxistischer Parteidogmen ein, so dass es gerechtfertigt erscheint, bei Vulgarisierungen jeder Art den Begriff „Marxismus“ durch „Engelsismus“ zu ersetzen ⁴⁾.

Aber auch Marx war vor Fehlern nicht gefeit und die Unfehlbarkeitserwartung seitens seiner Anhängerschaft sei ebenfalls erwähnt. Engels mangelte es gegenüber Marx aufgrund seines fehlenden Universitätsstudiums an Grundlagen (er besuchte während seines Militärdienstjahrs in Berlin einige Schellinglesungen). Dass er 23-jährig in den „Umriss(e)n einer Kritik der Nationalökonomie“ seinen Kenntnismangel ökonomischer Theorien (Smith, Ricardo) durch eine moralisierende, romantische Haltung kaschierte ⁵⁾, können wir verstehen. Aber dass er selbst noch im Alter von 64 Jahren ähnliche Formulierungen verwendete ⁶⁾, begünstigte die Herausbildung

4 Ruben, Peter: „Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus. Hg. v. C. Warnke u. G. Huber, Marburg 1998, Fußnote 7

5 „Die Nationalökonomie entstand als eine natürliche Folge der Ausdehnung des Handels, und mit ihr trat an die Stelle des einfachen, unwissenschaftlichen Schachers ein ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswissenschaft. Diese aus dem gegenseitigen Neid und der Habgier der Kaufleute entstandene Nationalökonomie oder Bereicherungswissenschaft trägt das Gepräge der ekelhaften Selbstsucht auf der Stirn“ -Engels, Friedrich: „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“, MEW 1, S. 499

6 „Es sind die niedrigsten Interessen gemeine Habgier, brutale Genussucht, schmutziger Geiz,

kommunistischer Parteidogmatik nicht unerheblich.

Marx' an Hegel geschulte Dialektik verflacht bei Engels, stärker noch bei Lenin und extrem ausgeprägt bei Deborin und Stalin zum „logisch-historischen Verfahren“, womit ein willkürlich vereinfachender Historismus gemeint ist. Solche Stellen nahmen Bernstein, Kautsky und weitere Parteiideologen unkritisch auf. Engelsismus kommt u.a. als Parallelisierung von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen „Gesetzmäßigkeiten“ daher. Anstelle einer Subjekt-Objekt-Dialektik, deren Ausarbeitung die entscheidende Errungenschaft der klassischen bürgerlichen Philosophie in Deutschland (Kant, Fichte, Schelling, Hegel) war und welche von Marx dialektisch-materialistisch gewendet, d.h. vom Kopf auf die Füße gestellt wurde, überträgt Engels per Analogieschluss die Entwicklungsprozesse der Natur auf die Gesellschaft: Die Arbeiterklasse bringe, so heißt es im ML, als Totengräber des Kapitalismus den Sozialismus/Kommunismus hervor, indem sie die staatskapitalistischen Monopole als Kombinate in Besitz nehme, worauf hin sie das sogenannte „Volkseigentum“ getrost (Partei-)Funktionären überlassen könne: „Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein“⁷). Auch dies sei ein „naturgeschichtlicher Prozess“. Darauf ist zurückzukommen. Es entsteht

eigensüchtiger Raub am Gemeinbesitz, die die neue, zivilisierte, die Klassengesellschaft einweihen; es sind die schmächtigsten Mittel Diebstahl, Vergewaltigung, Hinterlist, Verrat, die die alte klassenlose Gentilgesellschaft unterhöhlen und zu Fall bringen. Engels, Friedrich: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 97

7 Lenin, Wladimir: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll?, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. III, Berlin 1975, S. 441

ein voluntaristischer Geschichts determinismus, ohne dass Praxis als zwischen Natur und Gesellschaft vermittelnde Kategorie reflektiert wird. Marx hatte dagegen diesen Zusammenhang dialektisch umrissen: „Man sieht, wie die Geschichte der Industrie und das gewordne gegenständliche Dasein der Industrie das aufgeschlagne Buch der menschlichen Wesenskräfte, die sinnlich vorliegende menschliche Psychologie ist, die ... immer nur in einer äußern Nützlichkeitsbeziehung gefasst wurde“⁸).

Am Ende dieser 74-jährigen „äußern Nützlichkeitsbeziehung“ (von 1917 bis 1991) stand eine permanent wachsende Abhängigkeit realsozialistischer Ökonomien von kapitalistischen Krediten, bis die Gläubiger zu kreditieren aufgehört haben.

„Vergiss Marx, entdecke Schelling!“

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus wurde eine 1984 geführte Diskussion über „Marx und die Naturfrage“ neu aufgerollt. Hans Immler, Psychologieprofessor an Kassels Universität, sieht „die theoretische Basis für eine Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus historisch weggebrochen ... Es bleiben die absoluten und sich verheerend auswirkenden Fehler in der Marxschen Theorie, dass nur die menschliche Arbeit als wertproduktiv und somit die Natur als wertunproduktiv behandelt wird. Beide zentralen Punkte erscheinen von heute aus als grundlegend falsch und als irreparabel“⁹). Bei Adam Smith sei die Natur direkt, bei Ricardo über die Grundrente wertproduzierend. „Marx' Theorem, die Natur produziere Gebrauchswerte, aber keine Tauschwerte, gerät zur Konstruktion einer Tautologie, weil er im Begriff

8 Ökonomisch-philosophische Manuskripte von 1844, MEW -Erg.Bd 1, Berlin 1973, S. 529

9 Immler, Hans: Vorwort, in: Immler/Schmied-Kowarzik: „Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit um die Kritik der Politischen Ökonomie, Kasseler Philosophische Schriften, Neue Folge 4, Kassel 2011 S. 2

der allen Wert enthaltenden abstrakten Arbeit die Wert erzeugende Natur ja systematisch ausgeschlossen hat. ...

Damit enthält auch aller Mehrwert keine Natur, alles Kapital enthält keine Natur, die Kapitalismuskritik enthält keine wertproduzierende Natur, und als geschichtliche Folge können Sozialismus bzw. Kommunismus auch nichts von der Natur verstehen."¹⁰). Marx habe die Naturkrise in der Industrie zwar erahnt, aber durch die Begriffe der „abstrakten Arbeit“ und der „keinen Wert produzierenden Natur“ ein analytisches Instrumentarium geliefert, das die ökologische Krise im realen Sozialismus uneingeschränkt vorangetrieben habe. „Marx ist out, auch theoretisch. In der Naturfrage hindert er und führt nicht weiter. In der Frage der Globalisierung könnte man mit ihm Keulen schwingen, aber man würde auch nur Wind erzeugen, weil das entscheidende Subjekt der globalen Welt, der Einzelne bzw. das Individuum, bei ihm geschichtsphilosophisch entschieden vernachlässigt, dagegen die Gesellschaft bevorzugt wird“¹¹). Eine Alternative biete Schelling: „Die Freiheitsphilosophie und die Naturphilosophie von Schelling waren über Jahrzehnte unverständlich, ja er ist sogar zum Reaktionär erklärt worden, weil er Fragen gestellt hat, für die es zu antworten zu früh war. Jetzt verschwinden die Nebel ... Wohin geht die Natur, will sie uns überhaupt noch? Vor allem: Was können wir tun, um uns zu erhalten, indem wir unsere Natur erhalten?“¹²).

Einem ausgewiesenen Marx- und Schelling-Experten wie Wolfdietrich Schmied-Kowarzik die „Entdeckung von Schelling“ anzuraten, ist schon ein starkes Stück. Es bedurfte dennoch einer hohen philosophischen Kompetenz für eine qualifizierte Ant-

10 daselbst

11 Immler, Hans, a.a.O., S. 3

12 daselbst

wort auf Immlers Argumente. Nur wenige haben bisher bemerkt, dass sich gegen Ende der 1850er Jahre Marxens Darstellungsmethode durch Rückgriff auf Hegels „Wissenschaft der Logik“ wesentlich veränderte¹³). Dies habe „bei allen, die die philosophischen Bezüge nicht mehr überschauten, zu verheerenden Fehldeutungen des Spätwerks geführt, denn Marx verfolgt nun mit dem Projekt der Kritik der hybriden Wertlogik des Kapitals, deren grundlegende Negation der lebendigen Arbeit und der lebendigen Natur aufzudecken, die im letzten – da sie dadurch ihre eigenen Grundlagen negiert – zur eigenen Selbstersetzung führen muss. ... Arbeit und Natur sind auch im Kapitalismus die Quellen allen Reichtums. Aber in ihrer Wertlogik vermeint das Kapital – ähnlich wie Hegel dies für seine Logik darstellte – sich selbst hervorbringen, erhalten und Wert vermehren zu können. Es verheimlicht dabei vor sich selbst, dass die Wertvermehrung einzig und allein aus dem Mehrwert erwächst, den die Arbeit über den Gegenwert des Lohnes hinaus, dem Kapitaleigner erbringt“¹⁴).

Im „Kapital“ sei es Marx nicht um die Grundlegung einer solidarischen und ökologischen Oikonomía gegangen, sondern einzig um die Aufdeckung der Wertlogik des Kapitals. Für die Wertlogik des Kapitals gehe allein die Arbeit wertbildend in die Wertrechnung ein, „während die Natur – wie Marx in seiner Analyse der Grundrente

13 Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich, a.a.O., S. 5.

Siehe auch Ruben, Peter: „Hinzu kommt nach der Niederlage der Revolutionäre von 1848/49 das Bedürfnis, das gesamte ökonomische Studium noch einmal von vorn zu beginnen, um genau zu verstehen, wie die kapitalistische Produktionsweise eigentlich funktioniert und welche realen Aussichten die kommunistische Intention das Privateigentum aufzuheben, tatsächlich hat?, in: „Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie?“, a.a.O., S. 9

14 Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich, in: Immler/Schmied-Kowarzik, a.a.O., S. 5

darlegt – zum Nulltarif in der Wertrechnung aufscheint¹⁵). - Das vermag Marxens Theoriegebäude allerdings nicht zu erschüttern¹⁶). Wie aber kommt Immler zu seiner Schelling betreffenden Empfehlung?

Schelling: Natur als Realisation des bürgerlichen Gemeinwesens

Das Denken der „Moderne“ hat sich von dem Anspruch verabschiedet, Natur und Gesellschaft in ihrem inneren Zusammenhang begreifen zu können. Zahlreiche wissenschaftliche Einzeldisziplinen, nach mehr oder minder willkürlichen Kriterien untereinander „vernetzt“, suchen Natur als „offenes System“ zu erfassen. Schelling steht für die Einheit von Natur und Gesellschaft mittels einer inneren Struktur, in der ein organisierendes Zentrum die zur Eigenbewegung unfähige äußere Natur und die Erscheinungen an der gesellschaftlichen Oberfläche „von innen nach außen“ steuert und reguliert. Dazu der Marxist Wolfgang Harich:

„Als angehenden Philosophiehistoriker interessierte mich das Schnecken tempo, mit dem die empirische Naturforschung sich erst im 20. Jahrhundert an Zusammenhänge herangetastet hatte, die im Prinzip bereits bei Hegel, dank der Kraft seiner spekulativen Dialektik, geläufig gewesen waren. Ich meine die Ausführungen über Kausalität und Wechselwirkung, die in der ‚Wissenschaft der Logik‘ stehen; namentlich Hegels Kritik an dem, was wir heute ‚lineare Kausalität‘ und ‚monokausales Denken‘ nennen, und sein Dringen darauf, jedes mal die konkrete Totalität auf den Begriff zu bringen - Stalins ‚erster Grundzug‘ ist ja nichts anderes als eine populäre Vereinfachung und Vergrößerung dieser Totalitäts-Kategorie. Wer die im Kopf hat und sie überdies materialistisch zu fassen

sucht, wird, sobald er Ökologie zu studieren beginnt, entdecken, dass sämtliche Öko-Gefüge – die Biotopoi, die Biozöosen, die Holocoen – ‚konkrete Totalitäten‘ im Hegelschen Sinne sind, dass mithin für sie mutatis mutandis dasselbe gilt wie für die gesellschaftlichen Totalitäten, auf die sich der historische Materialismus bezieht. Ich sage: mutatis mutandis; der qualitative Unterschied zwischen organischer Natur und gesellschaftlichem Sein darf selbstredend nicht übersehen werden. Aber dann gibt es da auch noch das Umschlossensein der Gesellschaft im ganzen von der Totalität der Natur¹⁷).

Schelling unterscheidet a) die empirisch wahrnehmbare, passive, den Gesetzen der Mechanik unterliegende atomistische Natur von b) der allen Dingen innewohnenden Triebkraft: „Die Natur als bloßes Produkt (*natura naturata*) nennen wir Natur als Objekt (auf diese allein geht alle Empirie). Die Natur als Produktivität (*natura naturans*) nennen wir Natur als Subjekt (auf diese allein geht alle Theorie)¹⁸“. Damit wurde Naturphilosophie im Gefolge von Kants „Allgemeine(r) Naturgeschichte und Theorie des Himmels“ zur Systemtheorie und diese Dialektik macht Schelling für heutige ökologische Forschungen attraktiv¹⁹).

Immlers Forderung, Marx zu vergessen und Schelling wiederzuentdecken, zielt auf einen weiteren Aspekt: Dem Marxismus unterstellt er offenbar eine strukturelle top down-Orientierung, während Schellings bottom up-Ansatz unter ökologischem

17 Harich, Wolfgang, a.a.O., S. 13

18 Schelling, F.W.J.: „Einleitung zu dem Entwurf eines Systems der Naturphilosophie“, in: Werke, Bd. 1, Leipzig 1907, S. 696

19 „Ist daher Kants Philosophie mit Recht als die deutsche Theorie der französischen Revolution zu betrachten, so Hugos Naturrecht als die deutsche Theorie des französischen ancien régime?“ (Marx, Karl: „Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule“, MEW 1, S. 80)

15 Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich, daselbst

16 Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich und Ruben, Peter, beide a.a.O.

Gesichtspunkt der modernere sei. Wir teilen die Auffassung der Ostberliner Philosophin Camilla Warnke, dass Schellings „natura naturans“ vom Standpunkt des Citoyen konzipiert war: „So wird ... nach dem Sieg der Französischen Revolution, im Zeitalter der zum politischen Gemeinwesen (zur Nation) zu organisierenden bürgerlichen Gesellschaft, das mit dem Namen Napoleon verknüpft ist, von der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie, von Schelling und Hegel, der Begriff der abstrakten Allgemeinheit in dem der Totalität oder des Systems aufgehoben. Hand in Hand damit werden höhere und kompliziertere Abhängigkeitsverhältnisse als die der linearen Kausalität entdeckt. Und wenn Schelling das Ganze dem Teil, das System den Elementen, die Organisation dem Mechanismus ontologisch und erkenntnistheoretisch vorordnet, so zeigt das an, daß seine Theorie vom Standpunkt des Citoyen konzipiert ist“²⁰).

Die Denkart des Citoyen ist die Denkart der bürgerlichen Revolution

Durch die bürgerliche Revolution entwickelt sich jedes Volk zur Nation. Fichtes „Ich“ spiegelte die Herausbildung der französischen Nation, deren Verfassung bis zum heutigen Tag auf der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte beruht. „Völker werden Nationen, indem der Citoyen auftritt, der die Konstitution, die Verfassung, zur ideellen Bedingung seines politischen Verhaltens macht. Eine Nation ohne Verfassung ist so wenig vorhanden wie eine polis ohne nomos. Und eine Verfassung, die nicht die politische Gleichheit der in ihr definierten Staatsbürger deklariert, bedeutet nur die Karikatur der Idee nationaler Konstitution. In diesem Sinne ist die Bildung einer Nation stets die ideelle

20 Warnke, Camilla: „Systemdenken und Dialektik in Schellings Naturphilosophie“, in: P. Ruben u.a.: „Dialektik und Systemdenken. Historische Aspekte“, Berlin (DDR) 1977, S. 108

Antizipation einer stände- und klassenfreien Gemeinschaft“²¹). „In der Nation bildet das Individuum seinen Geist, seinen Verstand und seine Vernunft, seinen kulturellen Habitus aus, wird es zum Staatsbürger und also zur Person, die den politischen Verkehr erlernt. ... Der Kampf um nationale Emanzipation ist daher immer auch der Kampf um die Anerkennung der Würde des Einzelmenschen als einer politisch handelnden Person“²²). Folglich ist jeder bürgerlichen Nation ein Spannungsverhältnis immanent, dessen Pole Erwerbsbürger und Citoyen einnehmen.

Von Schelling zu Marx

Schellings allen Dingen innewohnende Triebkraft (natura naturans) ist ein produzierendes geistiges Wesen, das seine Dynamik aus seiner inneren Polarität bezieht. Diese Sicht gründete in den zeitgenössischen Erkenntnissen u.a. auf dem Gebiet der Elektrochemie (Volta, Galvani). Jeder Einzelne ist Teil der Natur. Vordergründig herrscht der Mensch über die Natur als natura naturata und zwingt ihr seinen Willen auf, doch in Wirklichkeit herrscht die Natur als natura naturans über ihn. Schelling unterlegt ihr einen eigenen Willen, und das ist in letzter Instanz nichts anderes als Gottes Wille. Simplifizierender Engelsismus kennt als einzige Option die Ablehnung dieses Gedankens als „religiöses Opium des Volkes“²³). Schellings Dialektik macht aber diesen Ansatz für heutige ÖkologInnen attraktiv.

21 Ruben, Peter: „Realität und Problem der Nation“, Edition Berliner Debatte Initial 1993, S. 30

22 daselbst, S. 29

23 Marx, Karl „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks“ („Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, Einleitung. MEW 1, S. 378).

Durch einfache Negation der Industrialisierung im Sinne der Romantik lässt sich weder die Industrie als vermeintliches Hauptübel aller ökologischen Katastrophen beseitigen, noch eine rückwärtsgewandte Lebenspraxis verwirklichen, wie sie Harich durch seine Bezugnahme auf Babeuf intendierte: Aller Naturübernutzung zum Trotz sehen wir in der Industrie auch jenseits von Peak Oil und allgemeinem Ressourcenschwund „das aufgeschlagne Buch der menschlichen Wesenskräfte“. Marx bestimmte „das menschliche Wesen in seiner Wirklichkeit“ als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (6. Feuerbachthese) – und setzte dabei voraus, die in der Industrie vergegenständlichte „menschliche Psychologie“ werde in ihrer inneren Nützlichkeit für die Entwicklung der ganzheitlichen Persönlichkeit erfasst, als Einheit von Kopf, Herz und Hand. Die Bewältigung der ökologischen Krise verlangt einen lebenslangen Prozess der aktivschöpferischen Aneignung seines gesellschaftlichen Wesens durch das historisch-konkrete Individuum²⁴).

Die Subjektwerdung des Menschen als ökologische Herausforderung

Nancy File, Professorin für frühkindliche Bildung und Erziehung an der University of Wisconsin, ist von der marxistischen Psychologie des Russen Lew Wygotzki (1896-1934) so beeindruckt, dass sie von einem neuen Paradigma des Lehrens und Lernens in Kindergärten spricht. Mit A. Lurija (1902-77) und A. Leontjew (1903-79) begründete Wygotzki in den 1920er und frühen 1930er Jahren, an die Pawlow'sche Reflexologie anknüpfend, die kulturhistorische Schule der sowjetischen Psychologie. Im Unterschied zum in den USA dominierenden Behaviorismus, der Menschen als

„dressierte Affen“ zwecks Bewältigung von Fließbandarbeit sah und menschliches Verhalten durch z.T. unmittelbare Übertragung von Tierversuchen erforschte, sahen die sowjetischen Psychologen der vorstalinistischen Zeit die Menschen stets in ihrem sozialen und kulturellen Zusammenhang. Wegen ihrer vermeintlichen Nähe zu „subjektivistischen Theorien des Westens“ wurden Wygotzki's Bücher unter Stalin verboten. Erst nach dem 20. KPdSU-Parteitag 1956 wurde die kulturhistorische Schule wieder zugelassen, wenngleich von den Wächtern über die Reinheit marxistisch-leninistischer Dogmen kritisch beäugt, und fasste auch im Westen Fuß, zum Beispiel in Westberlin an der FU (Klaus Holzkamp) und der PH (Friedrich Tomberg, Georg Rückriem). Gerade die weltweite Renaissance dieses Ansatzes²⁵ lässt die Potenziale eines nicht-romantischen Marxismus erahnen:

Kleinkinder entwickeln sich laut Wygotzki über ihre Tätigkeit in dialektischer Wechselwirkung mit ihrer Umwelt: mit Eltern, Geschwistern und anderen Kindern. Kinder eignen sich die Kultur der Gesellschaft an, in die sie durch den Aneignungsprozess hinein wachsen: Sprache, Zahlen und Zählweisen, Schriftzeichen, Symbole, Wissensbestände, Werte, Denkweisen und Problemlösungsstrategien.

Über den Spracherwerb verinnerlichen Kinder in geistiger Eigenaktivität das kulturelle Erbe der Gesellschaft. Bis etwa zum Alter von zwei Jahren durchläuft das Kind ein vorsprachliches Stadium in der Entwicklung des Denkens und ein vorintellektuelles Stadium in der Entwicklung der Sprache, wobei viele Kinder zunächst Sprache verinnerlichen, indem sie zu sich selbst laut

24 Ebert, Joachim: „'Menschliches Wesen' contra ‚menschliche Natur‘?“, Rückriem, Tomberg, Volpert: „Historischer Materialismus und menschliche Natur“, Köln 1978, S. 192 ff

25 „Das Interesse an Vygotskij und seiner Schule — das ist die ‚Kulturhistorische Schule‘ um Vygotskij, Leont'ev und Lurija und ihre Schüler — wächst weltweit und sprunghaft“ -<http://www.ich-sciences.de/index.php?id=5&L=0>

sprechen. Danach beginnen Kinder, ihre unmittelbaren sinnlichen Erfahrungen nach äußeren Kriterien zu verallgemeinern. So werden Wale aus der TV-Sendung der Kategorie „Fisch“ zugeordnet, weil sie die äußeren Merkmale von Fischen tragen. Im späteren Schulalter können solche spontanen Verallgemeinerungen in systematisches Wissen übertragen werden.

Bestimmend für die frühkindliche Entwicklung ist das Spiel; dabei werden höhere psychische Funktionen wie Denken, Abstrahieren, Erinnern und Kreativität ausgebildet, wobei dem Rollenspiel eine besondere Funktion zukommt. Hier kann es seine Wünsche und Strebungen in der Fantasie ausleben, so groß wie ein Erwachsener oder so stark wie ein Riese sein. In diesem Zeitalter entfaltet sich die Kreativität am stärksten, es prägen sich soziale Verhaltensweisen aus.

In aktiver, von häufigen Konflikten durchzogener Wechselwirkung mit ihrer sozialen Umwelt entwickeln sich Kleinkinder über Stadien, die für die meisten sehr ähnlich verlaufen. ErzieherInnen sind aktiv in diesen frühkindlichen Entwicklungsprozess einbezogen. Es kommt laut Wygotzki darauf an, dass sie diesen Prozess steuern: Das Kind müsse in die jeweils nächste Zone der frühkindlichen Entwicklung hinein wachsen. „Wir zeigen einem Kind, wie die Aufgabe gelöst wird, und stellen fest, ob es imstande ist, sie durch Nachahmen des Gezeigten zu lösen. Oder wir beginnen eine Aufgabe zu lösen und überlassen es dem Kind, das Begonnene zu Ende zu führen. Oder wir fordern das Kind auf, eine Aufgabe, die über die Grenzen seiner geistigen Entwicklung hinausgeht, in Zusammenarbeit mit einem anderen, weiter entwickelten Kind zu lösen. Oder schließlich, wir erklären dem Kind das Lösungsprinzip einer Aufgabe, stellen

hinführende Fragen, gliedern die Aufgabe auf und ähnliches mehr“²⁶⁾)

Unesco Petition für Hasankeyf und die Mesopotamischen Sümpfe

Ercan Ayboga

Am 14. März 2012 wurde eine weltweite Petition an die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) für den Erhalt von Welt-erbe am Tigris Fluss in Mesopotamien und damit gegen den in Türkisch-Kurdistan errichteten Ilisu-Staudamm gestartet. Der Ilisu-Staudamm ist der größte auf dem Tigris gebaute seiner Art und würde zu katastrophalen sozialen, kulturellen, ökologischen und politischen Folgen führen. Für die lokale Bevölkerung und die Menschen im Irak hätte er keinen Nutzen, nur Konzerne und die türkische Regierung würden

davon profitieren. Daher gehört er zu den umstrittensten Talsperrenprojekten der Welt und wird seit 15 Jahren bekämpft, zweimal wurde er schon gestoppt. Zuletzt 2009, als die deutsche, österreichische und schweizerische Regierungen (und mit ihnen die drei europäischen Banken und das deutsche Bauunternehmen Züblin) auf großen lokalen und internationalen Druck hin sich und ihre Kreditbürgschaft zurückziehen mussten. Seit 2010 wird er von vier türkischen und dem österreichischen Unternehmen Andritz mit einer neuen und geheim gehaltenen Finanzierung gebaut. Doch der Widerstand vor Ort und international geht weiter.

Initiiert wurde die Petition von vier Organisationen aus dem Mittleren Osten und zwar je eine aus der Türkei, dem Irak, Irakisch-Kurdistan und dem Iran. Bis Ende Oktober

Solange nicht der Untergang der Menschheit hundertprozentig fest steht, lohnt es sich, dagegen zu arbeiten

Erich Fried

26 „Gemeinschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein“, Plön Nr. 2, Juli 2011, S. 24 f.

2012 sollen Unterschriften gesammelt werden. Bisher sind es schon über 20.000 Unterschriften, 50.000 sollen es mindestens werden. Im Juni 2012, wenn sich das Weltkulturkomitee (WHC) in St. Petersburg trifft, sollen die bis dahin gesammelten Unterschriften übergeben werden.

Das Zusammenkommen dieser zivilen Organisationen basiert hauptsächlich auf dem 2011 aufgebauten Netzwerk Ekopotamya, dessen Ziel die Kritik an der Wasserressourcen-Politik der Staaten Türkei, Irak und Iran und die Herausarbeitung von Alternativen ist (www.ekopotamya.org). Wahrscheinlich ist es ein Novum für eine enge Zusammenarbeit ziviler Organisationen/Bewegungen aus diesen drei autoritär geführten Staaten. Oft haben sich die Zivilorganisationen dieser Staaten direkt an ähnliche Organisationen in westlichen Staaten gewandt und kooperiert. Doch untereinander gab es (fast) keine Beziehungen, was nun langsam, aber sicher überwunden wird. Damit tragen Kampagnen und andere Aktivitäten dazu bei, dass sich die verschiedenen Ethnien/Kulturen besser verstehen und den von den Staaten verbreiteten Nationalismen entgegenreten.

In der seit langem angedachten und vorbereiteten Petition wird die UNESCO, genauer gesagt das Welterbekomitee (WHC – World Heritage Committee; befindet über die Kriterien für eine Aufnahme in die „Liste des Welterbes“), aufgefordert, für den Erhalt der vom Ilisu-Staudamm bedrohten Welterbestätten aktiv zu werden. Natürlich ist den vier Initiatoren bewusst, dass Stätten nur durch einen Antrag der Zentralregierungen in die UNESCO-Liste von Welterbestätten aufgenommen werden können. Nichtsdestotrotz kann ein ernsthaftes Engagement der UNESCO bzw. des WHC – verursacht durch den Druck der Öffentlichkeit – einige Staaten in Bedrängnis bringen. So ist es notwendig, dass so

viele Unterschriften wie möglich zusammen kommen. Hier ist jeder gefragt.

Es ist uns klar, dass der Ilisu-Staudamm hauptsächlich durch Widerstand in der betroffenen Region gestoppt werden kann. Jedoch kann eine solche, international Beachtung findende Petition einen gewissen und wichtigen Beitrag leisten. Mehrere zehntausend oder gar hunderttausende Unterschriften können zudem Bewusstsein bei weiteren Menschen wecken und sie zu Aktivitäten bewegen.

Link zur Petition:

<http://www.change.org/petitions/unescoworld-heritage-committee-save-world-heritage-on-the-tigrisriver-in-mesopotamia>

Weitere Infos zum Ilisu-Staudamm:

www.stopilisu.com

Massentierhaltung

Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren

Rede Dr. Kirsten Tackmann, 10. Mai 2012

zur Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Systematischen Antibiotikamissbrauch bekämpfen – Tierhaltung umbauen

Eine Tierhaltung, die auf regelmäßige Antibiotikagaben angewiesen ist, ist alles andere als nachhaltig. Muss eine Tierärztin oder ein Tierarzt in einem Bestand immer wieder auf Antibiotika zurückgreifen, läuft was grundsätzlich schief im Stall. Leider scheint das keine Ausnahme zu sein.

Zwei Studien aus dem Jahr 2011 belegen das. Eine kam aus NRW, die andere aus Niedersachsen. In NRW wurden für 92,5 Prozent der untersuchten Hähnchenmastdurchgänge Antibiotika-Behandlungen dokumentiert. Nur 16 Prozent kamen ohne Antibiotika aus. Die Tiere erhielten

durchschnittlich 3, 4, einige sogar bis zu 8 verschiedene antibiotische Wirkstoffe. Dabei werden konventionell gehaltene Masthähnchen selten älter als 35 Tage. Das zuständige Landesamt (LANUV) verwies darauf, dass bei Betrieben mit weniger als 10.000 Tieren und einer Mastdauer von mehr als 45 Tagen der Antibiotikaeinsatz deutlich geringer war.

Antibiotika werden aber auch bei allen anderen landwirtschaftlichen Nutztieren wie Schweinen oder Rindern zu häufig eingesetzt. Allerdings ist der vorbeugende Einsatz von Antibiotika als Wachstumsförderer seit 2006 verboten.

Insgesamt werden laut dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) jährlich 784 Tonnen Veterinärantibiotika in Deutschland verkauft.

Selbst wenn nur einige Tiere erkrankt sind, wird insbesondere in der Geflügelhaltung sofort der gesamte Bestand behandelt (Metaphylaxe). Oft sind das Hunderte oder Tausende Tiere. Das kann im Ausnahmefall begründet sein. Aber allzu oft wird hier wohl ein rechtlicher Graubereich missbraucht.

Um nicht missverstanden zu werden: Der Einsatz von Antibiotika ist zur Behandlung kranker Tiere in den Ställen notwendig und gerechtfertigt, wenn es keine andere Behandlungsalternative gibt. Das muss eine tierärztliche Entscheidung bleiben. Der zu häufige und regelmäßige Einsatz oder eine zu kurze Behandlungsdauer ist jedoch hoch riskant. Denn das fördert Antibiotikaresistenzen. Sind Mensch oder Tier dann wirklich bei einer schweren Erkrankung auf wirksame Antibiotika angewiesen, haben Resistenzen schwerwiegende Folgen.

Neue antibiotische Wirkstoffe sind kaum in Aussicht bzw. ihre Entwicklung kostet sehr viel Geld. Deshalb ist ein sehr sorgsamer Umgang mit den verfügbaren Antibiotika extrem wichtig und oberste Pflicht der

Tierärztinnen und Tierärzte, aber auch der Landwirtschaftsbetriebe. Jede unnötige Verwendung ist verantwortungslos.

Aber die Debatte über Maßnahmen zur Reduzierung des Antibiotikaverbrauchs muss viel früher ansetzen. Die Reduzierung der Risiken für Bestandserkrankungen ist der Königsweg zu mehr Tiergesundheit und weniger Antibiotika im Stall.

Wahr ist allerdings auch, dass das Thema Antibiotika-Missbrauch nicht nur in der Nutztierhaltung diskutiert werden muss, sondern auch bei Klein- und Heimtieren. Auch in der Humanmedizin müssen wir darüber reden.

Aber nicht nur reden ist wichtig, sondern es muss endlich auch gehandelt werden.

Die Linksfraktion hatte bereits im Januar 2012 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir wollten ihn gemeinsam mit der von Ministerin Aigner für März 2012 angekündigten Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) im Ausschuss diskutieren. Da diese Novelle aber wohl nicht vor Herbst vorgelegt wird, haben wir den Antrag in dieser Woche dem Ausschuss zur Diskussion vorgelegt. SPD und Grüne haben ihm zugestimmt. Die Koalition hat ihn leider mit der Schutzbehauptung, sie würden ja schon alles tun, abgelehnt.

Unser Antrag „Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren“ (Bundestagsdrucksache 17/8348) enthält folgende Kernforderungen:

1. Verbesserung der Datengrundlage des Antibiotika-Verbrauchs der einzelnen Bestände;
2. eine Antibiotika-Reduktionsstrategie;
3. Verbesserung der Haltungsbedingungen der Tiere und des Bestandsmanagements für mehr Tiergesundheit;
4. Erhalt des tierärztlichen Dispensierrechts;

5. Trennung von Human- und Veterinärantibiotika. Das wollen übrigens laut einer aktuellen Umfrage von Forsa auch 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger so.

In einer Kleinen Anfrage „Maßnahmen zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung“ haben wir nachgehakt (Bundestagsdrucksache 17/8744). Die ausweichenden Antworten des Agrarministeriums oder sein Verweis auf die Zuständigkeit der Bundesländer lässt auf sehr wenig Tatendrang schließen. Das Verschleppen von angekündigtem Tatendrang kennen wir aus dem Haus bei vielen Themen. Aber beim Thema Antibiotika ist Trägheit unverantwortlich und inakzeptabel. Nur sehr langsam scheint sich nun auf Druck der Opposition was zu bewegen. Der AMG-Gesetzentwurf ist jetzt immerhin für Herbst zugesagt. 2012 hat Staatssekretär Bleser auf meine Nachfrage bestätigt. Auch die Bundesländer machen Druck. Auf der Frühjahrskonferenz in Konstanz Ende April verständigten sich die Agrarministerinnen und Agrarminister immerhin auf eine bundesweite Datenbank zur Erfassung des Antibiotikaeinsatzes. Details werden abzuwarten sein. Der Bundesverband Praktizierender Tierärztinnen und Tierärzte hat seine Zweifel angemeldet. Die Alternative einer freiwilligen Datensammlung im Rahmen des Qualitätssiegels „QS“ ist aber aus Sicht der Linksfraktion nicht ausreichend. So ist ein freier Datenzugang für die Überwachungsbehörden der Länder nicht vorgesehen, aber unverzichtbar. Daher ist der Bund-Länder-Ansatz der Agrarministerinnen und Agrarminister der deutlich bessere Weg.

Es liegen in Deutschland aus dem Berufsstand zahlreiche kluge Empfehlungen und Leitlinien zur Anwendung von Antibiotika in der Tierhaltung vor. Wenn sie freiwillig in der Praxis nicht konsequent genug umgesetzt werden, müssen sie rechtlich

verankert werden. Staatliches Handeln muss bei so hohen Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier unmissverständlich, unverzüglich und konsequent sein. Die Bundesregierung ist es bislang nicht.

Bücherecke

Klimasparbuch Münster 2012

Götz Brandt

Nach München (2010) hat nunmehr auch Münster ein „Klimasparbuch“ im Taschenbuchformat. Vom Amt für Grünflächen und Umweltschutz der Stadt Münster kamen die Ideen, die das „klimafreundliche Handeln im Alltag“ fördern sollen. In den Abschnitten Gesund Essen und Genießen, nachhaltig unterwegs im Alltag und auf Reisen, grüner und schöner Wohnen und ökologischer Bauen und Renovieren werden zahlreiche Tipps zu möglichen Einsparungen und Umwelt gerechtem Verhalten gegeben. Zu jedem Rat sind die Kohlendioxideinsparungen und die Ersparnis in Euro angegeben. Viele Vorschläge sind kombiniert mit Gutscheinen und Rabattzusicherungen vom Ökoladen, Naturfriseur, Fahrradteileladen und Hotels sowie ÖPNV-Fahrscheine und Sparinstallationen für Wasser und Energie usw. Das ist für die Bürger Münsters ein konkretes Angebot mit Vorschlägen, wie der Alltag ökologischer gestaltet werden kann und dabei noch Geld gespart wird.

Jede Stadt müsste ein solches Klimasparbuch haben!

Erschienen im oekom-Verlag für 4,95 € und erhältlich bei www.oekom.de und oekom@verlegerdienst.de

Es gibt keine „ungefährliche“ Strahlung.

Götz Brandt

Frau Prof. Inge Schmitz-Feuerhake, Mitglied in der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., hat einen Überblick zum gegenwärtigen Stand der Forschung auf dem Gebiet

der „anerkannten Strahleneffekte im Niederdosisbereich“ gegeben.

Die Atomlobby hat immer wieder behauptet, dass ein ungefährlicher Grenzwert von 100 Millisievert (mSv) keine statistisch erkennbaren Schäden zur Folge hätte.

Im Prinzip kann aber bereits ein einzelnes Strahlenquant einen gravierenden Strahlenschaden auslösen. Forschungsergebnisse aus der Belastung durch Röntgenstrahlung, vor allem bei vorgeburtlicher Diagnostik, (bereits eine CT-Untersuchung kann 100 mSv erreichen), bei Überlebenden der Atombombenabwürfe in Japan, bei Arbeitern in Atomwaffenanlagen in der USA und Russlands, bei der Bevölkerung in der Nähe von Atomkraftwerken und der Wirkung von Radongas in Häusern zeigen das Gegenteil. Es gibt keinen „Schwellenwert“ einer unschädlichen Strahlendosis. Selbst bei geringster Strahlung kann Krebs und ein genetischer Schaden bei Nachkommen bestrahlter Eltern entstehen. Diesen Erkenntnissen musste auch die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) zustimmen.

„Eine Dosischwelle in Höhe von 100 Millisievert als ungefährlich hinzustellen, ist eine Irreführung und Propaganda von interessierter Seite“. Die Unterschätzung der Folgen niedriger Strahlungsdosen durch das ICRP ist erheblich. Zwar empfiehlt die Deutsche Strahlenschutzkommission und das Bundesamt für Strahlenschutz doppelt so hohe Risikowerte wie das ICRP, aber eine Korrektur der amtlichen Dosiswerte ist überfällig.

Angeichts des aktuellen Strahlen-Freiluftlabors um Fukushima und der ungenügenden Aufklärung der dortigen Bevölkerung ist die Verbreitung des Inhalts dieses Artikels auch bei uns wichtig.

Der vollständige Artikel im „Strahlenindex“ Nr. 602-603, S4 f: „Der lange Abschied von der unschädlichen Dosischwelle“ ist auf unserer

homepage www.oekologische-plattform.de einzusehen.

„Beiträge zur Umweltpolitik“ - Neuerscheinung

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Broschüre **„Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt“** (2/2011, siehe Tarantel Nr. 55) entstand die Idee, zu diesem bisher wenig im Blickpunkt stehenden Thema auch eine Konferenz zu organisieren. Jetzt liegt die Dokumentation zu dieser Konferenz vor. Leider erfolgte kein Mitschnitt der Referate, so dass auch keine Tondokumente im Internet zur Verfügung gestellt werden konnten.

Das Heft enthält Beiträge von M. Ring, K. Krusewitz und I. Schmitz-Feuerhake, die auf der Konferenz als Referenten aufgetreten sind. Die Materialien stellen eine gute Ergänzung zur Broschüre 2/2011 dar.

Die Erstauflage erscheint nicht wie üblich als kostenfreie Kopie aus dem Karl-Liebknecht-Haus, da die aufgrund unserer begrenzten finanziellen Möglichkeiten zwei vorgesehenen Hefte für 2011 und 2012 bereits verplant waren. Um die Dokumentation trotzdem veröffentlichen zu können, wurde sie direkt beim MediaService als Heft Nr. 5 in Auftrag gegeben. Die Broschüre kann nur direkt über den Online-Shop der Linken (<https://shop.die-linke.de>) bezogen werden (Preis 4,00 €). Im Web ist das Inhaltsverzeichnis einsehbar.

Beiträge zur Umweltpolitik Heft 5 (3/2011): Tagung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, 26.11.2011 Berlin, Im Frieden und im Krieg - Militär zerstört Natur - MediaService, April 2012.

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache.....	1
Bericht vom Bundestreffen der Ökologischen Plattform 2012 und der vorbereitenden Sitzung des Koordinierungsrates.....	1
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform....	3
Positionspapier des Bundestreffens der Ökologischen Plattform zu Rio+20.....	4
Aus den Ländern.....	5
Die BASF-Umweltsauerei geht weiter. Säurebombe "Waldhof" jetzt als "Auriga" rheinabwärts unterwegs. Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz erwartet Auskunft über den Gefahrguttransport.....	5
Schwerpunkt Rio+20: Wie weiter?.....	7
Rio+20 – Globale Gerechtigkeit statt grüner Kapitalismus.....	7
Leitlinien für eine ökologische Linke.....	11
OECD-Umweltausblick fordert schnelles und koordiniertes Handeln.....	12
2052 - A Forecast for the Next Forty Years.....	14
Entwicklungsländer fordern Vorfahrt für Wohlstand.....	15
Alternatives Weltwasserforum in Marseille erfolgreich!.....	16
Erneuerung der Ökonomie – Was für eine Erneuerung?.....	16
Konturen eines nicht-romantischen ökologischen Marxbildes.....	18
Unesco Petition für Hasankeyf und die Mesopotamischen Sümpfe.....	25
Massentierhaltung.....	26
Antibiotika in der Tierhaltung reduzieren.....	26
Bücherecke.....	28
Klimasparbuch Münster 2012.....	28
Es gibt keine „ungefährliche“ Strahlung.....	28
„Beiträge zur Umweltpolitik“ - Neuerscheinung.....	29
Leserbrief	30

Leserbrief

zu „Konturen eines nicht-romantischen ökologischen Marxbildes“ von Anne-Kathrein Petereit

Man wird den Romantikern nicht gerecht, wenn man ihre Intentionen auf „Innerlichkeit und Gefühlsbetontheit“ reduziert. Vor allem waren sie – neben Goethe – die ersten ganzheitlichen Denker der Neuzeit.

Autorenangaben

Ercan Ayboga ist Mitglied der Ökologischen Plattform.
Benjamin Beutler ist Journalist, veröffentlicht unter anderem in Amerika21, mit dessen freundlicher Genehmigung wir hier den Artikel wiedergeben (<http://amerika21.de/nachrichten/2012/04/51916/gipfel-entwicklung>)
Wolfgang Borchardt ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.
Prof. Götz Brandt ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.
Marko Ferst ist Mitglied der Ökologischen Plattform.
Sara Sarkar ist Publizist und Mitbegründer der "Initiative Ökosozialismus".
Das Sozialökologische Bürgerforum Plön, mit dessen mit freundlicher Genehmigung wir diesen Artikel bringen, ist Herausgeber des Heftes: „Gemeinschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein“ (Nachdruck aus Nr. 4; März 2012; S. 20ff)
Dr. Kirsten Tackmann, MDB, ist die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Abbildungsverzeichnis

Deckblatt: **Pacha Mama, La Paz, Bolivien**;
CC-Lizenz von Flickr-Mitglied Carolyn Scorpio
(<http://www.flickr.com/photos/cm Scorpio/page2/>)

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplatzform@die-linke.de
Internet: www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.5.2012

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.8.2012
Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt@oekologische-plattform.de

oder unter http://www.oekologische-plattform.de/?page_id=2466

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ
Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de

Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Goetz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter kontakt@oekologische-plattform.de

Pressekontakt: presse@oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),
Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitische Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),
030 227-72138, sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönebürg,
h.dubell@online.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam
01520 2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,
28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1,
20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg,
Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,
19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de
Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)
u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6,
31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover,
rolf.koehne@arcor.de

Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,
30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster,
Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Jörg Bütefuer, Spittlerstr. 24, 45144 Essen,
joerg.buetefuer@gmx.de (ÖPF NRW, www.oepf-nrw.de)

Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik,
michael.aggelidis@landtag.nrw.de

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz,
Agrarpolitik; hamide.akbayir@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-
Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken,
dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.
035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig,
Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-
von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SA)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104
Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe,
silke.mahrt@web.de

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b.
Flensburg, Tel. 04633 966624,

dettmergruenefeld@hotmail.com (ÖPF-SH)

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de

Thomas Pätzold, webmaster@oekosozialisten.de (ÖPF TH,
<http://oekosozialisten.de>)

Tilo Kummer (MdL, Landwirtschaft),
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,
kummer@die-linke-thl.de

Katja Wolf (MdL, Umwelt) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt,
wolf@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur
Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
s.schmidt@nd-online.de,

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147,
www.grueneliga-berlin.de/raberalf